



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Wortprotokoll der 36. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Berlin, den 4. Februar 2015, 11:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

PLH E.700

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Öffentliches Fachgespräch zum Thema "Sustainable Development Goals"

dazu Sachverständige:

Abg. Andreas Jung (Konstanz)

**Vorsitzender des Parlamentarischen Beirates für
nachhaltige Entwicklung (PBnE)**

Prof. Dr. Dirk Messner

Deutsches Institut für Entwicklungshilfe (DIE)

Heike Spielmans

**Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre
Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
(VENRO e. V.)**

Selbstbefassung 18(16)SB-65



Tagesordnungspunkt 2

Seite 4

Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Bericht des Peer Review 2013 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie "Sustainability - Made in Germany"

BT-Drucksache 18/3214

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Mitberatend:

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss Digitale Agenda

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Matern von Marschall [CDU/GSU]

Abg. Carsten Träger [SPD]

Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE.]

Abg. Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Hampel, Ulrich Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Becker, Dirk Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Esken, Saskia Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Röspel, René Scheer, Dr. Nina Tausend, Claudia Vogt, Ute
DIE LINKE.	Bluhm, Heidrun Bulling-Schröter, Eva Lenkert, Ralph Zdebel, Hubertus	Hupach, Sigrid Lay, Caren Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch zum Thema "Sustainable Development Goals"

dazu Sachverständige:

Abg. Andreas Jung (Konstanz)

Vorsitzender des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE)

Prof. Dr. Dirk Messner

Deutsches Institut für Entwicklungshilfe (DIE)

Heike Spielmans

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO e. V.) Stellungnahme Ausschussdrucksache 18(16)182 (Anlage)

Selbstbefassung 18(16)SB-65

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Bericht des Peer Review 2013 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie "Sustainability - Made in Germany"

BT-Drucksache 18/3214

Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße nun auch die Kolleginnen und Kollegen des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, die heute hier bei unserer Sitzung mit dabei sind. Wir haben heute ein öffentliches Fachgespräch zum Thema „Sustainable Development Goals“ und wollen damit deutlich machen, dass das auch für uns ein sehr wichtiges Thema ist. Denn wenn man den Hunger bekämpfen will, muss man eben auch eine nachhaltige Entwicklung nicht nur in anderen Ländern, sondern hier bei uns einleiten. Vieles unseres Handelns trägt zu Veränderungen in den Ländern des Südens bei; deshalb ist es einfach wichtig, die umfassende Transformation, auch die ökologische Transformation, hier bei uns durchzuführen, auf mehr Effizienz zu setzen, eine Vorreiterrolle – wenn es möglich ist – hier sogar einzunehmen; auf jeden Fall verbindliche nationale Ziele zu entwickeln. Das ist ein Thema, das weit über den Ausschuss für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht; deshalb ist es wichtig, dass wir uns mit diesem Thema

auch befassen. Dazu haben wir zum einen den Kollegen und Abgeordneten Andreas Jung als Vorsitzenden des Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung eingeladen. Wir wollen deshalb auch gleichzeitig die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates zum Bericht des Peer Review 2013 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Sustainability-Made in Germany“ Bundestagsdrucksache 18/3214 mitbehandeln.

Wir haben außerdem eingeladen Prof. Dr. Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungshilfe (DIE), international wie auch national in vielen verschiedenen Gremien, die auch die Bundesregierung beraten, tätig und bekannt als einer der wichtigsten Experten für Entwicklungszusammenarbeit für die große Transformation. Und wir freuen uns, dass auch Heike Spielmans von VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen, hierher kommen konnte, sodass wir wirklich ein sehr fachkundiges Panel haben und damit sicherlich auch eine sehr, sehr gute Debatte heute führen werden. Das Ganze wird live im Internet übertragen, ist dann auch in der Mediathek des Bundestages abrufbar. Der Ablauf wird so sein, dass erst einmal Prof. Dr. Messner, dann Frau Spielmans und dann der Kollege Jung jeweils fünf Minuten vortragen werden. Das Ganze wird in ein Wortprotokoll aufgenommen werden, darauf hatten wir uns geeinigt. Sie haben als Referenten fünf Minuten für Ihr Eingangsstatement Redezeit, die Abgeordneten haben dann jeweils zwei Minuten für ihre Fragen. Entweder eine Frage an zwei Sachverständige oder zwei Fragen an einen Sachverständigen. Sie als Sachverständige haben dann ausreichend Zeit, diese Fragen dann auch zu beantworten. Wir haben insgesamt bis 13 Uhr Zeit. Und nun starten wir und ich gebe das Wort an Prof. Dr. Messner, bitteschön!

Prof. Dr. Dirk Messner (DIE): Ja. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte gerne zu dem Übergang von den so genannten MDGs zu den SDGs zu zwei Punkten kurze Ausführungen machen.

Vorsitzende: Können Sie vielleicht MDGs und SDGs noch einmal erläutern? Diese kennt vielleicht nicht jeder.

Prof. Dr. Dirk Messner (DIE): Okay. „Millennium Development Goals“ (MDG), also die alte Ausrich-



tung auf Entwicklungsziele, die mit den Millennium Development Goals verbunden war; nun der Übergang zu den „Sustainable Development Goals“ (SDG), die in 2050 erreicht werden sollen. Aus meiner Perspektive haben wir es hier mit einem Paradigmenwechsel in zweierlei Hinsicht zu tun. Diese beiden Paradigmenwechsel möchte ich gerne kurz beleuchten.

Der erste wichtige Paradigmenwechsel besteht darin, dass wir es jetzt mit universellen Zielen zu tun haben. Der zweite Paradigmenwechsel besteht darin, dass wir die Grenzen des Erdsystems – und deswegen ist der Umweltausschuss natürlich ganz besonders wichtig – dieses Mal deutlich stärker verankern können und müssen, als das bei den Millennium Development Goals der Fall war.

Also zu meinem ersten Punkt, die universellen Ziele, das ist eine wichtige Veränderung. Denn wir hatten es bei den MDGs, bei den Millennium Development Goals, vor allen Dingen mit Entwicklungszielen für die Entwicklungsländer zu tun: Es ging um Armutsbekämpfung, es ging um Grundsicherung. Bei den Sustainable Development Goals wollen wir neben diesen Zielen für die Entwicklungsländer universelle Entwicklungsziele setzen, die auch für die Industrieländer und für die Schwellenländer relevant sind. Das gilt für den umweltpolitischen Bereich: Ressourceneffizienz, Klimaschutz usw.; auch für Gemeinschaftsgüter, auf die alle Menschen weltweit angewiesen sind, vom Klimasystem über die Ozeane, also universelle Ziele. Das ist die große Veränderung im Vergleich zu den Millennium Development Goals. Ich betone diesen Punkt deshalb so stark, weil er in der politischen Debatte, auch in Deutschland, noch nicht so verankert ist. Die Sustainable Development Goals werden in der politischen Debatte bisher sehr stark als eine entwicklungspolitische Diskussion wahrgenommen und wir müssen meines Erachtens den Durchbruch schaffen, zu vermitteln, dass die Sustainable Development Goals eben nicht nur etwas für die Entwicklungsländer sind, wobei Industrieländer unterstützen. Sondern dass das Ziele sind, an denen sich auch Industrieländer werden orientieren müssen. Es ist auch deswegen wichtig, weil diese Ziele am Ende des Tages nur dann eine wichtige Relevanz gewinnen werden, wenn sie in den OECD-Ländern zu eigenen Ziele werden mit Auswirkung auf die eigenen politischen, ökonomischen

und umweltpolitischen Verhältnisse. Ansonsten werden wir die Entwicklungsländer für diese Ziele nicht gewinnen können und die Schwellenländer werden wir nicht mitnehmen können. Die achten darauf, die schauen darauf, ob dieses Thema bei uns jetzt ernst genommen wird. Von daher die Betonung auf die Perspektive der universellen Ziele, um die geht es hier; also die Ziele, für die wir in unseren Gesellschaften entsprechende Umsetzungsstrategien entwickeln müssen, sind von großer Relevanz.

Wir können hier vier Dinge tun. Erstens wir müssen aus deutscher Perspektive – die Bundesregierung – das Parlament – wir müssen dieses Commitment zu diesen universellen Zielen unterstreichen und da, wo es möglich ist, auch in die öffentliche Debatte tragen. Zweitens – und Herr Abg. Jung, da ist es sehr wichtig, dass Sie heute hier sind – wir müssen die SDGs verbinden mit der Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie; das dürfen keine zwei unabhängig voneinander existierende politische Prozesse sein. Wir können nämlich dadurch, dass wir die SDGs als Grundlage der Weiterentwicklung unserer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie nehmen, darauf hinweisen und verdeutlichen, dass es sich hier eben auch um Ziele handelt, die für die Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sind. Dritter Punkt, dritte Möglichkeit, in diese Richtung zu wirken: Wir haben den G7-Gipfel in diesem Jahr in deutscher Präsidentschaft. Da wird es wichtig sein, dass wir über die SDGs reden und sie eben nicht nur als Zielsystem der Entwicklungspolitik sehen, sondern als Zielsystem auch für die G7-Länder thematisieren und was G7-Länder tun wollen, um die SDGs in ihren eigenen Ländern zu verankern. Vierter und letzter Punkt: In der Entwicklungspolitik müssen wir Anstrengungen unternehmen, damit die Entwicklungs- und Schwellenländer, die stark in diese Richtung gehen wollen, die SDGs ernst nehmen, dass wir sie entsprechend mit entwicklungspolitischer Kooperation unterstützen – also Kooperation mit dem Umweltministerium, dem Auswärtigen Amt –, um zu zeigen, dass wir die Pioniere des Wandels vor Augen haben und uns daran gelegen ist, dass dieser Prozess in der Entwicklungskooperation stark verankert ist.

Der zweite Punkt, zu dem ich gerne etwas sagen möchte. Ich hatte von zwei Paradigmenwechseln gesprochen; Universalität ist der erste, die kurzen



Ausführungen, die ich gerade abgeschlossen habe. Der zweite wichtige Punkt basiert auf Arbeiten, insbesondere des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderung (WBGU), dessen Vorsitzender ich zusammen mit Prof. Schellnhuber bin. Wir haben vor einem guten halben Jahr eine Studie vorgelegt, in der wir uns nochmal mit den Erdsystemgrenzen intensiv auseinander gesetzt haben und uns gefragt haben: Was sind die wichtigsten Erdsystemgrenzen, die wir einhalten müssen, damit menschliche Entwicklung, also auch globale Entwicklungsziele überhaupt, umgesetzt werden können, von dem Zeitdruck her, mit dem wir uns da auseinander setzen müssen. Wir haben in dieser Studie, in diesem Papier, auf sechs Erdsystemgrenzen hingewiesen, von denen wir denken, sie müssen auch dringend in die SDGs und in den SDG-Suchprozess eingeordnet werden. Denn ohne das Einhalten dieser planetaren Grenzen ist weder Armutsbekämpfung dauerhaft möglich, noch menschliche Entwicklung überhaupt.

Und ich will Ihnen die sechs Entwicklungsgrenzen des Erdsystems nur kurz benennen, damit Sie da eine Vorstellung haben, was wir damit meinen. Der Punkt, auf den ich hier hinaus möchte: Wir müssen in den Verhandlungsprozessen, die jetzt anstehen, darauf achten, dass die Erdsystemgrenzen nicht nur in den Vorworten genannt und betont werden, sondern auch bei den Goals, die dann definiert werden, und den Indikatoren, die festgelegt werden, und den Zeiträumen, in denen da gehandelt werden soll.

Die sechs Erdsystemgrenzen, auf die wir aufmerksam machen: Zum einen natürlich die Klimagrenze und der Klimawandel; zwei Grad ist das Ziel, das auch hier eine Rolle spielen sollte. Die zweite Erdsystemgrenze ist die Ozeanversauerung, die hängt mit den CO₂-Emissionen zusammen. Aus Gründen, die ich vielleicht auf Nachfrage noch erläutern kann, haben wir als eigenes Zielsystem mit aufgenommen, die Ozeanversauerung zu begrenzen auf Grenzwerte, die in den Naturwissenschaften vorgeschlagen werden. Die dritte Erdsystemgrenze ist ja das Ziel, den Verlust von biologischer Vielfalt zu stoppen und zwar bis spätestens 2050; die Antreiber des Verlustes ökologischer Vielfalt zu stoppen. Welche Antreiber das sind, ist in der Studie entsprechend aufgeführt. Die vierte Erdsystemgrenze betrifft Land- und Bodendegradation: Da ist der Zeitrahmen enger, wir müssen hier, um diese

Grenze nicht zu überschreiten, bis 2030 die Treiber gestoppt haben, die heute Landdegradierungen immer noch vorantreiben. Unser fünftes Erdsystemziel betrifft anthropogene Schadstoffe langlebiger Natur, die eingeleitet werden in das Erdsystem. Wir fokussieren auf drei Wichtige: Quecksilber, Plastik, spaltbares Material. Und in all diesen Bereichen schlagen wir vor, dass bis 2050 diese langlebigen Stoffe in Kreisläufen und sicher geführt werden müssen, um nicht andere Ökosystemgrenzen zu gefährden und zu reißen. Die letzte Erdsystemgrenze ist Phosphor; wir müssen den Verlust von Phosphor stoppen. Wir haben es hier mit einer begrenzten Ressource – bisher nicht substituierbar – zu tun, die für landwirtschaftliche Produktion und deswegen Welternährung von herausragender Bedeutung ist, und unsere Zielmarke zeigt hier, dass wir bis 2050 gelernt haben müssen, Phosphor in Kreisläufen zu führen. Das ist also das sechste Erdsystemziel, das wir vorschlagen.

Wir betonen diesen Punkt deswegen besonders, weil es in den internationalen Verhandlungen natürlich Kräfte gibt, Erdsystemgrenzen nicht vorrangig in den Verhandlungen zu behandeln, sondern sie eher an das Ende der Verhandlungen zu setzen. Entwicklungsländer fürchten, dass von Armutsbekämpfung abgelenkt wird, wenn man sich auf Erdsysteme und ökologische Fragen konzentriert. Unsere Antwort darauf ist: Ohne Erdsystemgrenzenschutz kann es keine nachhaltige Armutsbekämpfung geben. In den Schwellenländern ist das Thema natürlich umstritten, weil da die Sorge vorherrscht, da könnte Wachstum begrenzt werden. Unsere Antwort darauf ist: Langfristige menschliche Entwicklung in einem instabilen Erdsystem ist nicht möglich. Und auch in den OECD-Ländern gibt es natürlich eine Reihe von Ländern, die mit den Grenzen des Erdsystems nicht so gerne konkrete Ziele verbunden wissen wollen. Und auf diesen Punkt wollte ich in dieser Runde hier einmal aufmerksam machen. Die Diskussion über planetare Grenzen hat Eingang gefunden in die Diskussion über die Sustainable Development Goals, das ist sehr gut. Wir müssen jetzt schauen, dass sie auch entsprechend tatsächlich als Goals und nicht nur in den schmückenden Vorworten im Verhandlungsprozess aufgenommen werden. Dankeschön.

Vorsitzende: Danke, Herr Prof. Messner. Wir haben übrigens eben gerade in der Sitzung, die wir vorher hatten, über Phosphat und Wiedergewinnung von



Phosphaten in Klärschlamm gesprochen, also insofern: Alle diese Punkte sind natürlich auch immer Thema in unserem Ausschuss. Und Klimaschutz sowieso und viele andere Punkte auch, die Sie erwähnt haben, natürlich auch Biodiversität. Deshalb ist dies auch der Grund, warum wir dieses Thema hier gemeinsam beraten. So, jetzt gebe ich der Frau Spielmans das Wort.

Heike Spielmans (VENRO e. V.): Ja, vielen Dank! sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete. Zunächst möchte ich mich sehr herzlich bedanken für die Einladung, dass ich die Gelegenheit habe, VENRO-Positionen hier vorzustellen. Das ist ja nicht so oft, dass wir als Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe in den Umweltausschuss geladen werden. In der Regel sind wir eher im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu Gast. Vielleicht deswegen noch ein kurzes Wort zu VENRO. Wir sind der Dachverband der Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die im Bereich Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aktiv sind, und haben zurzeit 122 Mitglieder. Das sind mehr oder weniger alle großen und bekannten Hilfsorganisationen, die in Deutschland aktiv sind. Wir als Verband haben uns von Anfang an in die Diskussion um die Umsetzung der MDGs eingemischt und auch jetzt die neue Debatte für neue Ziele einer Agenda nach 2015 von Anfang an begleitet. Wir haben dazu ein umfassendes Positionspapier formuliert. Das sind acht Kernpunkte für eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda. Die haben wir nicht als VENRO alleine gemacht, sondern zusammen mit Umweltorganisationen, dem Forum Menschenrechte und mit Organisationen aus dem friedenspolitischen Bereich.

Ich möchte jetzt nicht auf diese acht Punkte im Einzelnen eingehen. Vielmehr möchte ich sagen, dass es für uns darum geht, dass die neue Agenda eine ausreichende Grundlage bildet, um menschenwürdige Lebensbedingungen weltweit zu realisieren, um zur vollständigen Überwindung von extremer Armut und Hunger beizutragen, die Menschenrechte global durchzusetzen, sowie für Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und auch Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen – und dieses ganze anspruchsvolle Programm unter Wahrung der planetarischen Grenzen. Die Verhandlungen

sind jetzt in die ganz entscheidende Phase getreten und ich möchte daher meine Punkte auf die Position der Bundesregierung in diesen Verhandlungen konzentrieren.

Zum einen die Frage: Was bewerten wir daran positiv, aber wo gibt es vielleicht auch noch Knackpunkte oder Vorschläge für die Weiterarbeit in dem Prozess? Wir freuen uns sehr, dass die Bundesregierung die strategischen Themenbereiche ganz in unserem Sinne genannt hat: extreme Armut- und Hungerbeseitigung, natürliche Lebensgrundlagen bewahren, menschenwürdige Beschäftigung, angemessenes Einkommen, gute Regierungsführung, Gleichstellung der Geschlechter, Menschenrechte und Frieden. Da gibt es sehr viele Überschneidungen auch mit unseren Kernpunkten für die neue Agenda. Außerdem bilden die Bereiche sehr gut die vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung ab. Die wichtige Basis für die derzeit laufenden Verhandlungen sind die 17 Ziele und 169 Unterziele der Open-Working-Group, die diese vorlegt hat. Auch wenn uns diese teilweise nicht weit genug gehen oder vor allen Dingen zu unkonkret sind, sehen wir das doch als eine wichtige und gute Grundlage an und bitten die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass diese neuen Nachhaltigkeitsziele keinesfalls hinter die Vorschläge und die Ziele der Open-Working-Group zurückfallen.

Wo wir weiteren Handlungsbedarf sehen, da möchte ich vor allen Dingen vier Punkte besonders hervorheben; Herr Messner hatte es ja schon erwähnt: Der Fokus der SDGs ist ja ein ganz anderer, als der der MDGs war. Das hat sich sehr stark verschoben, es geht nicht um die Entwicklung des Südens und Armutsbekämpfung, sondern die Universalität der Ziele bedeutet eben eine große Herausforderung für Industrieländer und damit eine große Herausforderung für Deutschland. Da haben wir ein bisschen den Eindruck, dass die Konsequenz dessen, was das für die nationale Politik bedeutet, noch nicht so richtig angekommen ist oder reflektiert wird.

In dem Bericht der Bundesregierung heißt es, dass menschenwürdige Beschäftigung und angemessenes Einkommen mit ökologisch verträglichem Wachstum erzielt werden soll. Damit wird relativ leicht über einen Widerspruch, den wir im Moment noch sehen, hinweggegangen. Das Wachs-



tum, das wir derzeit haben, ist keinesfalls ökologisch verträglich. Aber wie diese vielgenannte ökologisch-soziale Transformation aussehen kann, wie ein Industrieland wie Deutschland dahin kommen kann – das ist, glaube ich, noch nicht ausreichend untersucht und vor allen Dingen noch nicht ausreichend eingeleitet worden. Unsere Forderung, die wir an die Bundesregierung haben, ist, dass der Prozess dahin in Gang kommt, dass sie sich stärker darum bemüht, die umfassende Transformation zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung wirklich einzuleiten.

Der zweite Punkt betrifft die so genannten Means of implementation, also die Frage nicht nur der Ziele, sondern auch die Frage, wie die Ziele umgesetzt werden sollen. Auch wenn es nicht mehr um eine reine Entwicklungsagenda geht, wird doch sehr viel Finanztransfer weiterhin notwendig sein. In diesem Kontext fordern wir die Bundesregierung auf, das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung auch für die neue Agenda zu akzeptieren und zu übernehmen; insbesondere auch die eigenen finanziellen Beiträge, die ja schon lange zugesichert sind – zumindest was die ODA [Official Development Assistance = Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen] – Leistungen von angestrebten 0,7 Prozent betrifft –, auch tatsächlich einzuhalten und dafür einen konkreten Zeitplan vorzulegen.

Es ist klar, dass es bei den Herausforderungen, um die es geht, nicht um nationale Lösungen gehen kann. Einzelne Nationalstaaten können die Probleme nicht bewältigen. Die Bundesregierung unterstreicht neue globale Partnerschaften. Das unterstreicht, wie wichtig die notwendige internationale Zusammenarbeit ist. Sie legt da aber nach unserer Einschätzung ein wenig zu stark den Fokus auf die Eigenverantwortung der Länder und auch auf die Einbeziehung privater Akteure. Aus unserer Sicht sind die Frage der Verbindlichkeit und der regelmäßigen Überprüfung der Ziele, welche Mechanismen dafür gefunden werden, fast genauso wichtig, wie die Ziele selber. Es nützen keine schönen Zielformulierungen, wenn das Ganze unverbindliches Papier bleibt. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich für eine verbindliche und transparente Rechenschaftspflicht und eine regelmäßige Überprüfung auf Basis der noch zu erarbeitenden

Indikatoren einzusetzen. So gut Multi-Akteurspartnerschaften auch sein können – im Bereich der Umsetzung, ist unsere Sorge, dass damit vielleicht auch ein Weg gefunden werden kann, Verantwortlichkeit von Regierungen weg zu delegieren. Das wäre also unsere Forderung an die Bundesregierung, dass die Multi-Akteurspartnerschaften nicht dazu benutzt werden, die eigene Verantwortung kleiner zu machen.

Mein letzter Punkt knüpft an das an, was Herr Messner schon gesagt hat. Es wird auf jeden Fall auch darum gehen, die SDGs in Deutschland umzusetzen. Die Situation ist so - das brauche ich Ihnen im Umweltausschuss ja nicht erklären - dass der ökologische Fußabdruck Deutschlands nicht so ist, wie er sein sollte; damit alle Menschen auf dieser Welt die gleichen Möglichkeiten haben, zu leben wie wir. Und im dem Bericht der Bundesregierung wird darauf verwiesen, dass eben die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ab 2016 der Anknüpfungzeitpunkt sein kann, einen Weg zu finden, wie die Ziele runtergebrochen und in Deutschland umgesetzt werden. Das darf sich jedoch unserer Meinung nach nicht auf die Verbesserung von einzelnen ausgewählten Sektoren beziehen, sondern muss den Zielkatalog der SDGs vollständig abdecken. Wir fordern die Bundesregierung auf, mit der Umsetzung auf der nationalen Ebene eine Vorreiterrolle einzunehmen und für Deutschland anspruchsvolle und verbindliche nationale Ziele zu formulieren.

Abschließend möchte ich auch nochmal dafür plädieren, dass diese Diskussion um die globale Agenda nicht zu technisch geführt wird. Also es ist ja sehr schwer, bei diesen internationalen Verhandlungsprozessen durchzublicken. Viele Fragen kommen erst einmal sehr technisch rüber. Es sind aber gar keine technischen Fragen, sondern es geht ja um ein Zielsystem für die Weiterentwicklung der gesamten Menschheit, etwas, was alle Menschen betrifft. Realisiert werden kann das nur, wenn entsprechende politische Weichenstellungen vorgenommen werden, d. h. wenn auch entsprechend politische Mehrheiten dafür da sind. Diese Debatte steht in Deutschland noch aus und unserer Meinung nach wäre es absolut notwendig, diese Debatte zu führen. Wir als Verband haben eine Kampagne, die nennt sich „Deine Stimme gegen Ar-



mut“, und wir werden ganz besonders stark in diesem Jahr daran mitwirken, diese öffentliche Debatte anzustoßen, und zwar, indem wir dazu ermuntern, sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen. Der Begriff „globale Gerechtigkeit“, für uns ein Kernbegriff in dieser ganzen Diskussion, findet sich so leider nicht in der Position der Bundesregierung wieder. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Dankeschön! Als Umweltausschuss haben wir ja auch sehr viel mit dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung zu tun. Deshalb übergebe ich jetzt das Wort an den Kollegen Andreas Jung, der diesen Aspekt mit einspeisen kann. Schön, dass Sie da sind, Kollege Jung!

Abg. **Andreas Jung** (Konstanz) (Vorsitzender des PBnE): Ja, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich herzlich für die Einladung seitens des Parlamentarischen Beirats. Es gibt ja eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die in beiden Gremien Mitglied sind, im Umweltausschuss und im Nachhaltigkeitsbeirat, und die sich auch hier einbringen. Das ist auch logisch; durch die beiden Vorredner ist ja schon deutlich geworden, dass es eben sehr viele Verzahnungen, sehr viele Überschneidung gibt. Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltschutz, aber es ist eben ein ganz wichtiger Teil davon. Mir ist wichtig, dass wir dieses Gespräch nochmal dafür nutzen, in den Mittelpunkt zu stellen, dass wir dieses Jahr ein ganz wichtiges Jahr für den Klimaschutz haben. Wir haben gleichzeitig auch ein ganz zentrales Jahr in Bezug auf die Nachhaltigkeit, für die Frage, ob wir international mit unserem Drängen für mehr Nachhaltigkeit vorankommen. Deshalb möchte ich mich anschließen, wenn Sie sagen, da kommt Deutschland eine besonders wichtige Rolle zu. Die Bundesregierung hat erklärt, dass diese Fragen des 2015-Prozesses ein Schwerpunkt der G7-Präsidentschaft sein werden. Ich will von mir aus sagen: Das muss auch so sein. Es muss gelingen, die Bemühungen für internationalen Klimaschutz in eine breitere Strategie einzubetten. Dieser Punkt ist für uns als Nachhaltigkeitsbeirat besonders wichtig; deshalb wollen wir den auch in den Mittelpunkt der Debatte, und zwar auch der öffentlichen Debatte rücken. Im Parlament haben wir da, glaube ich, eine ganz besondere Verantwortung.

Warum sage ich öffentliche Debatte? Das Ganze beruht ja, baut ja quasi auf der UN-Konferenz in Rio im Jahre 1992 auf. Und wer sich erinnert oder wer

mit den Teilnehmern von damals spricht, der weiß: Da war Begeisterung, es gab eine Aufbruchstimmung. Man hat gesagt: Der Ost-West-Gegensatz ist überwunden und jetzt gehen wir gemeinsam eine weltweite globale nachhaltige Entwicklung an – wir bringen Umwelt und Entwicklung zusammen. Und wenn man sich anschaut, was seitdem erreicht wurde, dann ist ja an vielen Stellen vieles geleistet worden; aber unter dem Strich ist doch beschämend wenig erreicht. Und deshalb haben wir, finde ich, allen Grund diese Debatte hier voranzubringen, gerade als Parlamentarier, und auch weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir erwischen uns selber immer dabei, dass wir dann reden über MDGs und SDGs. Es ist ja schon darauf hingewiesen worden: alles sehr technisch und schwer verständlich. Ich denke, wir müssen in den Mittelpunkt stellen, worum es geht: Es geht darum, dass wir darauf drängen, dass es weltweit möglich sein muss, dass Menschen in Würde leben. Das heißt dann mehr als nur „nicht in extremer Armut zu leben“ – es gehört auch Bildung und vieles mehr dazu. In Würde und in Einklang mit der Natur zu leben. Das sind, glaube ich, Themen, die man auch in einer öffentlichen Debatte breit transportieren kann; dazu sollten wir einen Beitrag leisten. Konkret haben Sie vieles genannt, was ich nicht wiederholen möchte. Ich will nur ebenfalls betonen: Die Umsetzung ist das Entscheidende. Über Ziele reden wir seit 1992 und länger. Dieser Prozess muss jetzt in die Umsetzung gehen. Deshalb kommt diesem Gipfel im September, auf dem die Regierungschefs Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung beschließen wollen, so eine wichtige Rolle zu.

Ich will nur noch einige wenige Bemerkungen machen. Zur Frage der Umsetzung: Was müssen wir dazu in Deutschland leisten? Natürlich die Unterstützung dieses internationalen Prozesses; da müssen wir Ideen, politisches Gewicht einbringen, aber auch noch mehr Geld. Ich will es ganz deutlich sagen: Dazu gehört auch, dass wir unseren deutschen ODA-Anteil aufstocken, um diesen Prozess zu befördern. Anders wird es nicht gehen. Aber wir müssen auch zeigen; Nachhaltigkeit ist machbar und wir setzen es in Deutschland um. Das sind Fragen der Priorität. Ich hatte letztes ein Gespräch mit einer Journalistin. Sie berichtete mir, dass sie ja immerhin zu den drei Journalisten in Deutschland gehöre, die schon einmal über die Nachhaltigkeitsstrategie berichtet haben. Dies vielleicht als Hinweis an die Vertreter der Medien, aber auch als



Hinweis an uns, dass wir noch mehr drüber sprechen müssen. Noch konkreter nachfragen müssen: Was wird eigentlich aus den Zielen? Wo sind wir gut? Wo haben wir noch Aufholbedarf? Das ist mir auch wichtig.

Es ist zweitens dann eine Frage auch der Struktur. Wir haben jetzt den Anspruch, dass wir sagen: Da muss eine Nachhaltigkeitsstrategie global vereinbart werden. Und sie muss dann in allen Staaten runter gebrochen werden. Wenn wir fragen: Schaffen wir das eigentlich in Deutschland? Müssen wir sagen: Bisher nicht! Weil einer der zentralen Kritikpunkte an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist, dass sie nicht kohärent ist mit den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer, da es hier viel mehr Abstimmungsbedarf und Koordinierungsbedarf gibt, der bisher bei allen Bemühungen noch unzureichend ist.

Genauso verhält es sich im Übrigen innerhalb der Europäischen Union: Auch da sehen wir erheblichen Verbesserungsbedarf, was die Umsetzung eines europäischen Daches im Sinne einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Länder angeht. Bei aller Bedeutung der deutschen Position, die Sie unterstrichen haben – wir müssen in dieser internationalen Konferenz als Europäer auftreten. Deshalb müssen wir unseren Anspruch dadurch untermauern, dass wir die Strategie gut umsetzen. Wir müssen es in Europa durchsetzen. Der Nachhaltigkeitsbeirat hat demnächst den zuständigen Vize-Kommissionspräsidenten Frans Timmermans zu Gast zu genau diesem Thema; er soll hier entsprechend Impulse geben. Dazu laden wir die Mitglieder des Umweltausschusses herzlich ein.

Letzte Bemerkung – und dazu gehört auch die weitere Stärkung des Parlamentarischen Beirats –: Wir werben dafür, dass er ein Gremium wird, das nicht immer neu eingesetzt werden muss in jeder Legislaturperiode, sondern dass dies verstetigt wird. Wir werben dafür, dass wir noch etwas mehr eigene Rechte bekommen und nicht immer den Umweltausschuss um Hilfe bitten müssen, etwa für Parlamentsinitiativen. Ich möchte aber damit schließen, dass wir mit der Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss ausgesprochen zufrieden sind und uns sehr für das gute Miteinander bedanken.

Vorsitzende: Ja, herzlichen Dank an die beiden Referenten und den Kollegen. Ich glaube, da haben wir eine Menge an Stoff, auf den wir jetzt eingehen

können und entsprechende Fragen stellen werden. Die ersten Fragen sind hier auch schon eingegangen und deswegen gebe ich direkt dem Kollegen Dr. Schulze von der CDU/CSU das Wort. Bitte schön, Herr Schulze!

Abg. **Dr. Klaus-Peter Schulze** (CDU/CSU): Ja, schönen Dank, Frau Vorsitzende, und auch besten Dank an die Referenten für die Informationen, die Sie gegeben haben. Ich möchte mich an Prof. Messner wenden; Sie haben ja deutlich gemacht, dass es jetzt diese Universalziele gibt und dass die Erdsystemgrenzen definiert werden. Das ist sicher eine sehr gute Herangehensweise. Ich will da mal etwas konkreter werden. Wir haben uns ja im Zusammenhang mit dem Thema „Biologische Vielfalt“ weltweit bestimmte Ziele gesetzt. Die sind insbesondere auch in Korea nochmal diskutiert worden. Aber wir haben auch nationale Ziele; da gab es ja im vergangenen Jahr einen Zwischenbericht. Wie schätzen Sie das ein? Wie realistisch sind die Ziele, dass man sie tatsächlich auch erreicht? Oder sollte man unabhängig davon, ob das nun positiv ist oder negativ ist, sich darüber Gedanken machen, vielleicht eine gewisse Anpassung vorzunehmen? Ich habe den Eindruck, wenn man bestimmte Entwicklungen beobachtet, dass wir wahrscheinlich diese hochgesteckten Ziele weder in Deutschland noch anderswo erreichen werden; zumindest in einigen Punkten wird dies, denke ich, so sein. Danke!

Abg. **Carsten Träger** (SPD): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, ich möchte mich auch an den Herrn Prof. Messner wenden. Ban Ki-moon hat in seinem Abschlussbericht zu einem ökologisch verträglichen Wirtschaften aufgerufen, um genau die von Ihnen angesprochenen natürlichen Belastungsgrenzen der Erde einzuhalten. Einer der Kritikpunkte an den MDGs war ja seinerzeit, dass es nicht gelungen ist, das angemessen und im gleichen Maße zu gewährleisten. Sie haben jetzt die von Ihnen formulierten sechs planetarischen Grenzen angesprochen. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren: Sind diese sechs Punkte in dem Papier der Open-Working-Group aus Ihrer Sicht schon ausreichend gewürdigt? Also man findet ja viel, vor allem auch in den Unterzielen. Aber das sind letztendlich wieder Ziele, die noch nicht den Weg dorthin beschreiben. Das ist, glaube ich, auch so ein Punkt, an dem die ganze Debatte ein bisschen hängt. Viele können sich hinter den Zielen versammeln. Aber es gibt relativ wenig Klarheit



darüber, wie wir den Weg dorthin mit Blick auf die Konferenz beschreiten können. Die Verhandlungen laufen ja jetzt an.

Meine Frage mit Blick auf die Konferenz wäre: Wo sehen Sie da noch Handlungsbedarf? Wo kann man auch als Parlament helfen, vielleicht auch mit Blick auf die Regierung und den Verhandlungsauftrag? Dass wir da ein bisschen konkreter werden, damit am Ende auch das herauskommt, was wir uns alle wünschen. Dass es greifbarer wird. Meine persönliche Auffassung ist, dass wir dann auch bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie darüber nachdenken müssen, ob wir uns auch an diese 17 Ziele anpassen oder ob wir zumindest in dieser Strategie ähnliche Blöcke abbilden können, damit wir es dann auch in der nationalen Umsetzung begleiten können. Denn meine Vermutung ist, dass es nicht ausreichen wird, dass alle vier Jahre sich das High-Level-Forum der Staats- und Regierungschefs trifft, um die Umsetzung zu begleiten und zu bewerten. Ich würde mir auch wünschen, dass hier ein Gremium des hohen Hauses dies laufend begleitet. Und, ganz egoistisch, würde ich da den Parlamentarischen Beirat als prädestiniert für diese Aufgabe sehen – aber das ist meine persönliche Einschätzung. Meine Frage: Was können wir konkret tun, um diese ökologische Dimension der Debatte noch weiter nach vorne zu bringen?

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, ich möchte mich auch bei allen für die Eingangsstatements bedanken. Wir als Linke begrüßen die Weiterentwicklung der MDGs und SDGs, insbesondere deshalb, weil klar wird, dass man soziale Gleichbehandlung nicht trennen kann von Umweltschutz. Das eine geht nicht ohne das andere. Ich möchte das mal an einem drastischen Beispiel, das wir alle uns nicht oft genug vor Augen führen, klar machen: Als die staatliche Ordnung in Somalia zusammenbrach, nutzten internationale Fischereikonzerne dies aus, um illegal in den Hoheitsgewässern der Außenwirtschaftszone Somalias massiv die Fischgründe leer zu fangen. Daraufhin entwickelte sich ein Piratentum und erst dann griff die internationale Gemeinschaft gegen die Piraten ein. Ursächlich war das illegale Fischen, das Leerfischen der Fischgründe. Die Folgen davon erleben wir noch heute, mit massiven Kriegsflüchtlingsströmen, die weltweit unterwegs sind, weil die Situation nicht geregelt werden

kann. An dieser Stelle sieht man: Soziale Ungleichbehandlung mündet im Verlust von Biodiversität und mündet in weiterer Umweltzerstörung. Und deswegen begrüßen wir, dass die SDGs dies erstmals in den Blick nehmen, dass man diese Zusammenhänge auch berücksichtigt.

Jetzt komme ich zu den Fragen an Prof. Messner und Frau Spielmans: Deutschland hat bei der G7 die Präsidentschaft und gerade dieses Thema soll eine wichtige Rolle spielen. Und wir reden seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten über Nachhaltigkeit, über Entwicklung, es werden Konferenzen abgehalten. Allerdings greifbare Maßnahmen sind relativ gering und gerade die SDGs zeigen uns jetzt, dass auch wir bei uns bzw. in unserem Einflussbereich durchaus Maßnahmen ergreifen könnten. Mich würde interessieren, welche Maßnahmen aus Ihrer Sicht möglich wären. Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass wir endlich einen zehnpromtigen Komplettschutz unserer Außenwirtschaftszone in den Meeren ohne wirtschaftliche Nutzung einführen. Welche Maßnahmen könnten Sie sich vorstellen, die die Bundesrepublik kurzfristig anregen, vielleicht sogar umsetzen könnte? Um bei dem G7-Gipfel zu zeigen: Der Bundesrepublik Deutschland kommt es nicht nur aufs Reden an, sondern wir wollen auch mit gutem Beispiel vorangehen. Und vor allem auch: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass man in Gebieten, in denen die Nationalstaaten versagen, über internationale Hilfe dafür sorgt, dass so etwas wie in Somalia nicht mehr vorkommt, dass also schwache Nationalstaaten ein Plünderobjekt für internationale Großkonzerne werden?

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bei Vielem von dem, was gerade angesprochen worden ist, kann ich mich vollinhaltlich anschließen. Insofern, glaube ich, haben wir noch eine Menge Themen vor uns, was die SDG-Umsetzung angeht, insbesondere hier in Deutschland und natürlich auch auf europäischer und internationaler Ebene. Ich finde den Gedanken, Deutschland auch in diesem Sinne als Entwicklungsland zu sehen, richtig. Also dass wir eine Gleichberechtigung bei unterschiedlichen Verantwortlichkeiten haben. Das halte ich für ganz wichtig und für sinnvoll, auch bei den SDGs. Meine konkrete Frage an Frau Spielmans: Wie sehen Sie als Sachverständige die bisherige Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsprozess und auch in die weiteren



Schritte, die jetzt folgen, damit von den 17 Zielen auch nichts verloren geht? Wo würden Sie da noch weiteren Bedarf sehen – aus Ihrer Sicht als Zivilgesellschaft? Wo könnte man noch mehr konkretisieren, gerade was die Umsetzung hier in Deutschland angeht? Und meine Frage an Herrn Messner ist ähnlich: Welche politischen Schritte und Anpassungen sind aus Ihrer Sicht für die Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland notwendig, um eben die planetaren Grenzen ernst zu nehmen? Und zwar in dem Sinne, dass es nicht nur eine internationale Zieldefinition gibt, sondern wirklich eine konkrete internationale Vereinbarung, um die Ziele auch zu erreichen? Ziele aufzuzeigen ist ja das Eine, aber dann wirklich auch zu zeigen: Wir gehen hier voran. Welche Relevanz können wir entwickeln, gerade als Bundesrepublik Deutschland, um da Vorreiter auch auf internationaler Ebene sein zu können?

Vorsitzende: So, dann kommen wir direkt zur Beantwortung der ersten Runde. Da würde ich wieder Prof. Messner erst einmal das Wort geben, dann Frau Spielmans und dann auch nochmal Andreas Jung bitten, wenn es da politische Ergänzungen gibt. Bitte, Herr Prof. Messner.

Prof. Dr. Dirk Messner (DIE): Ja, vielen Dank, sehr geehrte Vorsitzende. Zunächst die Frage von Herrn Abg. Dr. Schulze zur Biodiversität – wo wir da stehen und wie sich das einordnet in die Gesamtschau auf die planetaren Leitplanken. Also der erste Punkt, den ich gerne machen würde: Von den sechs planetaren Leitplanken, von denen ich gesprochen habe, haben wir in einem Bereich eine internationale Vereinbarung. Auf die haben Sie hingewiesen – im Biodiversitätsbereich mit den Aichi-Zielen –, wobei der entscheidende Punkt jetzt darin besteht, dass das in nationale Politiken und nationalen Fahrplänen weltweit umgesetzt werden soll, wovon wir zur Zeit ziemlich weit entfernt sind. In den anderen fünf Bereichen gibt es gar keine internationalen Verabredungen und Regelwerke, auf die wir bereits setzen könnten, bei denen es dann nur noch um die Umsetzung ginge. In allen anderen Bereichen – von Klima bis hin zu den androgenen Stoffen und bis zum Phosphat – müssen wir erst einmal den Prozess anstoßen, internationale Vereinbarungen zu erwirken. Also das ist das Gesamtbild. Wir sind hier nicht in der Situation, dass wir sagen könnten: Planetare Leitplan-

ken sind bekannt, sie sind bereits in internationalen Regelwerken vereinbart, jetzt geht es um die Umsetzung. In den meisten Bereichen – eben mit der einzigen Ausnahme Biodiversität – haben wir solche internationalen Vereinbarungen mit ordentlichen Zielsystem gar nicht.

Und was die Umsetzung angeht: Wir machen gerade an meinem Institut, am DIE, eine Studie zu der Biodiversitätsproblematik. Das soll ja eine Rolle im G7-Kontext, im Rahmen der G7-Veranstaltung spielen. Wir versuchen einen Überblick zu gewinnen, in welchen Ländern hier Fortschritte gemacht werden und in welchen Ländern wir ziemlich weit zurück hängen, um daraus dann wieder Handlungsmöglichkeiten für G7-Prozesse und Entwicklungsarbeit zu generieren. Also die Erdsystemgrenzen haben noch lange nicht den Weg in internationale Vereinbarungen gefunden; wir haben hier einen großen Weg noch vor uns. Die SDGs sind im Grunde das Einfallstor, die Möglichkeit, jetzt diese Felder zu markieren, um dann anschließend sukzessive in Normenbildung und Umsetzungsdynamiken überzugehen.

Die zweite Frage von Herrn Abg. Träger: Wie schätzen wir die Verankerung der Erdsystemgrenzen ein? Es liegen Vorschläge der OWG (Open-Working-Group) oder auch des UN-Generalsekretärs vor. Was wir am liebsten hätten – das ist weder bei den Vorschlägen des UN-Generalsekretärs, noch bei den 17 Zielen der Fall – wir hätten am liebsten ein Erdsystemziel, unter das die unterschiedlichen Elemente, die ich hier genannt habe, diese sechs Unterziele, quasi subsummiert werden könnten; das wäre uns am liebsten. Das wird nicht zu erreichen sein; dazu müsste man die 17 Ziele wieder aufknüpfen. Also das ist etwas, was idealiter unseren Vorstellungen entspräche; aber es ist nicht Teil der Verhandlungsdynamik.

Was ist in den Zielen bereits verankert und wie schätzen wir das ein? In den Zielen verankert sind die folgenden Dinge: Im SDG 13 wird Klima genannt, aber wir haben keine Quantifizierungen. Im SDG 14 werden die Ozeane genannt, aber wir haben auch keine operationalisierten Grenzwerte. Wir haben Grenzwerte, die wir aus der Wissenschaft unterlegen können. Wir brauchen also in dem Prozess der Verhandlung Indikatoren, die dieses Problemfeld Ozeane, das da zu recht benannt wird, dann auch mit konkreten Zielsystemen und operationalisierten Grenzwerten verbinden. Wir



haben im SDG 15 den Schutz der terrestrischen Systeme – Artenvielfalt – genannt, aber auch hier ohne Konkretisierung, ohne Grenzwerte und ohne Zeitperspektive. Und was wir in dieser Studie, die wir hier vorgelegt haben – „Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb der planetarischen Leitplanken“ –, gemacht haben, ist, auf dem Stand des Wissens, das in der internationalen Forschung vorliegt, in zeitlicher Hinsicht Grenzwerte zu definieren und Grenzwerte zu definieren in Bezug auf die unterschiedlichen Erdsystemelemente, über die wir hier gesprochen haben. Dieser Typus von Konkretisierung in Bezug auf Zeit und auf Grenzwerte ist noch nicht verankert; da muss nachgearbeitet werden. Da müssen wir versuchen, im Verhandlungsprozess noch diese Problematik einzuarbeiten.

Bei einem zweiten Punkt würde ich zu Ihnen Herr Abg. Träger noch gerne sagen: Wir sehen ja im Augenblick die Anstrengungen – auch die Bundesregierung beteiligt sich ja daran – die 17 Ziele zu clustern unter Überschriften, damit das Ganze kommunizierbarer wird. Das halte ich für einen sehr wichtigen Prozess, weil die große Stärke der MDGs, der Millennium-Entwicklungsziele, war, dass von den sieben Ziele eines es geschafft hat, in die Öffentlichkeit zu gelangen – die Halbierung der weltweiten Armut. Das war kommunizierbar. Diese 17 Ziele werden nur sehr schwer kommunizierbar sein, es wird sehr wichtig sein, dass man diese 17 Ziele unter vier, fünf, sechs Überschriften gruppiert, so dass man sie auch nach außen, in die Öffentlichkeit kommunizieren kann. In diesem Prozess wäre es besonders wichtig, dass die Grenzen des Erdsystems eine dieser Überschriften sind, die mit kommuniziert werden können.

Die dritte Frage an mich kam von Herrn Abg. Lenkert. Herr Lenkert, ich fand es sehr gut, wie Sie den Zusammenhang hergestellt haben zwischen internationaler Ordnung und Nachhaltigkeitspolitik. Das sind ja zwei Themenfelder, die man üblicherweise nicht miteinander in Verbindung bringt. Ich habe sogar viele Diskussionen in den letzten Wochen geführt, bei denen der Grundtenor war: „Wir haben es im Augenblick mit dem Irak, mit Syrien, mit der Ukraine, mit dem IS zu tun. Da ist es ein Luxus, über Nachhaltigkeitsthemen in der internationalen Politik zu sprechen.“ Ich sehe das ganz anders: Ich sehe das so, dass gerade in dieser Situation, in der wir ja so viele Sicherheitsprobleme ma-

nagen müssen, die zweite Säule des internationalen Systems, nämlich die nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft, umso wichtiger ist. Darum geht es hier am Ende des Tages. Herr Abg. Jung, Sie haben auch darauf hingewiesen. Das hier sind ja keine Überlegungen über soziale und umweltpolitische end-of-pipe-Lösungen, sondern es ist der Versuch, über Entwicklungsstrategien nachzudenken, national und international, die letztendlich unsere Weltwirtschaft innerhalb der Grenzen des Erdsystems zu verankern helfen. Und gerade in Zeiten internationaler Sicherheitsprobleme ist das besonders wichtig. Ich unterstreiche das, was Sie gesagt haben: Viele soziale und ökologische Probleme sind zugleich auch Risiken für die internationale Ordnung. Wir haben vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderung schon im Jahre 2008 eine Studie vorgelegt – „Climate Change as a Security Risk“ – und haben gezeigt, dass wir uns auf dem Pfad in eine Vier-Grad-Welt in viele Sicherheitsprobleme hinein bewegen würden, die dann nur noch schwer gestaltbar wären. Also: Nachhaltige Entwicklung und internationale Sicherheit hängen eng miteinander zusammen.

Der vierte Punkt kam von Herrn Abg. Meiwald. Ihre Frage war: Was können wir tun, um diese Erdsystem-Leitplanken zu übersetzen in nationale Politik? Was kann Deutschland da tun? Der Punkt ist so wichtig, um nach außen sichtbar zu machen: Wir tun hier etwas! Nur so können wir auch globale Gestaltungsmacht der Nachhaltigkeitspolitik werden. Mein Vorschlag wäre, dass wir in diesen sechs Bereichen, die der WBGU hier herausgearbeitet hat, nach und nach nationale Ziele und Zeitkorridore entwickeln und dann auch durch das Parlament verfolgen und unterstützen und die Bundesregierung dies umgesetzt. Wir haben so etwas ja im Klimabereich. Wir haben ja aus der Erkenntnis, dass wir uns im Zwei-Grad-Korridor bewegen, sollten im Rahmen der bundesdeutschen Debatte letztendlich ein Zielsystem etabliert, das darauf hinausläuft, dass wir bis zum Jahre 2050 unsere nationalen Emissionen um 90 Prozent reduzieren wollen, als Beitrag zur Erreichung des globalen CO₂-Ziels zur Stabilisierung der globalen Erwärmung möglichst unterhalb von zwei Grad. Für die anderen Bereiche stehen diese Beiträge noch aus. Das muss diskutiert werden und ich empfehle sich damit zu beschäftigen, wie sich diese Erdsystem-Leitplanken in nationale Zielsysteme übersetzen lassen.



Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Messner. Frau Spielmans, bitte.

Heike Spielmans (VENRO e. V.): Vielen Dank. Herr Abg. Lenkert hatte nach der Rolle der deutschen G7-Präsidentschaft gefragt und, was getan werden könnte in Bezug auf die MDG-Umsetzung. Aus unserer Perspektive ist das ein bisschen ein zweischneidiges Schwert. Eigentlich sagen wir: Die G7, also dieser Governments-Club, ist nicht das legitime Forum, um solche globalen Fragen zu diskutieren und Lösungen dafür zu finden. Das muss vielmehr im Rahmen der Vereinten Nationen im Verhandlungsprozess laufen. Was wir uns aber sehr wohl wünschen – und das ist, denke ich, auch die Rolle der G7 –, das betrifft die Selbstverpflichtungen. Wir haben ja gerade diskutiert, welche Herausforderungen die neuen SDGs auch für die Industrieländer bedeuten. Wenn also die Länder der G7 voranschreiten und sagen: Wir verpflichten uns zu bestimmten Dingen selbst, wir verpflichten uns jetzt schon für eine ernstzunehmende Umsetzung, wir werden entsprechende nationale Pläne aufstellen. Wenn sich die G7 diesem bisher andiskutieren Review-Prozess als Erste unterziehen würde, wäre dies, glaube ich, ein ganz wichtiges Signal an andere Staaten, dass es wirklich ernst gemeint ist.

Der zweite Aspekt geht in die gleiche Richtung: eine Selbstverpflichtung im Hinblick auf finanzielle Zusagen und Unterstützungsleistungen; Selbstverpflichtungen im Hinblick auf die sogenannten Means of Implementation – also was auch die G7-Länder tun können, um die Umsetzung der SDGs in anderen Ländern mit zu unterstützen. Das wären, glaube ich, zwei ganz starke Signale, die eben diesen Prozess sehr unterstützen würden.

Die zweite Frage war von Herrn Abg. Meiwald und betrifft die bisherige Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Dies hat in recht umfassendem Maße stattgefunden, sowohl international, als auch national in Deutschland. Es gibt ein regelmäßiges Dialogforum vom BMZ und BMUB, in dem über den Prozess informiert wird und man sich ausgetauscht. Wir hatten den Eindruck, dass wir unsere Vorstellungen dort gut einbringen konnten und dass auch einiges von unseren Positionen in die Position der Bundesregierung aufgenommen wurde. Für die Zukunft würden wir uns wünschen, dass, wenn es jetzt um die Instrumente der Umsetzung und um die Indikatoren geht, dass da auch die Zivilgesell-

schaft einbezogen wird. Es ist bisher im internationalen Prozess zwar nicht vorgesehen; es wäre aber sehr wünschenswert. Wir würden uns sehr bemühen, dass das ermöglicht wird. Von daher wäre das ganz konkret die Forderung an die Bundesregierung, dies zumindest hier im nationalen Rahmen zu ermöglichen, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, unsere Kommentare anzuhören und möglichst mit aufzunehmen.

Und der zweite eben wichtige Punkt, was die nationale Umsetzung angeht, ist die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland. Auch da wünschen wir uns natürlich nicht nur eine starke Beteiligung des Parlaments, sondern auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Jung, bitte.

Abg. **Andreas Jung** (Konstanz) (Vorsitzender des PBnE): Da kann ich direkt anschließen und beides unterstreichen. Das ist auch das, was ich vorhin gemeint habe, verglichen mit den Prozess im Jahre 1992, bei dem es ja eine immens breite Beteiligung gegeben hat, großes Interesse, viele Veranstaltungen und Impulse. Das muss man zumindest, wie Sie sagen, ermöglichen und im besten Fall auch anstoßen.

Ich will noch eine Bemerkung machen zum Kollegen Meiwald. Wir sind uns ja, Herr Kollege, einig, dass auch Deutschland sich noch entwickeln kann. Andererseits ist nicht jeder, der noch Entwicklungsmöglichkeiten hat, gleich ein Entwicklungsland. Deshalb würde ich es so formulieren, dass wir auch im Bereich der Nachhaltigkeit eine Vorreiterrolle haben. Wenn es dann um die konkreten Dinge geht, dann weiß ich, dass wir uns einig sind. Das andere ist dann eher eine semantische Frage. Da will ich ein Beispiel ansprechen und auch um die Unterstützung des Umweltausschusses bitten. Als Nachhaltigkeitsbeirat haben wir es uns zur Aufgabe im Sinne der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie gemacht, die Aktivitäten, die der Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung, geleitet von Peter Altmaier, entfaltet, zu begleiten. Was machen die? Die nehmen sich alle zwei oder drei Monate ein Thema vor, das nachhaltigkeitsrelevant ist, und legen dazu Papiere, Forderungen, Maßnahmen vor. Und das vollzieht sich bislang auch in diesem relativ internen Rahmen, ohne dass es breit in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.



Wir wollen dazu beitragen, dass es dazu jeweils öffentliche Debatten gibt, weil wir glauben, dass nur dadurch auch ein Stück weit der Druck entsteht, den wir brauchen, damit tatsächlich Messbares herauskommt. Dazu legen wir jeweils unsere eigenen Papiere vor.

Ganz konkret ein Beispiel: Im Frühsommer und Sommer wird es um das Thema „Nachhaltige Beschaffung“ gehen. Das ist nun einer der Bereiche, in dem wir einen erheblichen Nachholbedarf sehen. Da haben wir ehrgeizige Ziele; ich nenne drei Bereiche: Bundeseigene Gebäude – hehre Ziele, krachend verfehlt! Ziele im Bereich der nachhaltigen Mobilität, also der Fahrzeugflotte der Bundesverwaltung selber – im Übrigen auch des Bundestages – auch da haben wir noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Und drittens Nachhaltigkeitscodex, also nachhaltiges Wirtschaften von Unternehmen und Verwaltungen – das ist etwas, das vom Rat für nachhaltige Entwicklung entwickelt wurde, das die Bundesregierung begrüßt, auch ganz ausdrücklich die Bundeskanzlerin bei der letzten Jahrestagung des Rats für nachhaltige Entwicklung. Wenn man sich aber genau anschaut: Die bundeseigenen Unternehmen – machen die da eigentlich selber mit? Dann ist es eher eine sehr kleine Minderheit. Ich glaube, es sind acht von über 100 Unternehmen, die diesen Nachhaltigkeitscodex selber gezeichnet haben. D. h. da gibt es ganz konkrete Punkte, mit denen wir zeigen müssen, was wir fordern. Das nehmen wir selber sehr ernst und setzen es um. Da gibt es, wie gesagt, schon das Papier des Nachhaltigkeitsbeirats. Wenn der Umweltausschuss das mit unterstützen würde – das sind in weiten Teilen ja auch umweltrelevante Dinge – das wäre sicherlich ein guter Punkt.

Vorsitzende: Gut, das ist auf jeden Fall für uns eine gute Anregung. Das müssen wir, denke ich, in Ruhe im Obbleutegespräch erörtern, wie wir damit umgehen. Vielen Dank, Kollege Jung! Wir kommen zur zweiten Runde. Da gebe ich direkt Frau Abg. Weisgerber das Wort.

Abg. **Dr. Anja Weisgerber** (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank. Wenn man sich mit den 17 Zielen befasst und sich fragt: Was hat man denn jetzt schon erreicht? Dann ist für mich die erste Priorität, Armut und Hunger in den armen Ländern zu verhindern bzw. einzudämmen. Dann lese ich mit Freude, dass es jetzt heißt, dass man schon erste Ziele erreicht hat. Die Kindersterblichkeit wurde z. B. halbiert. Es

wurde für 2,3 Milliarden Menschen Zugang zu Trinkwasser verschafft. Ich glaube, das Wichtigste ist ja der Zugang zu Wasser und zu Bildung in diesen Ländern. Es ist auch so, dass weniger häufig chronische Unterernährung bei Kindern vorhanden ist. Aber immer noch ist jedes vierte Kind unterernährt, das sind immer noch alarmierende Zahlen.

Und dann stelle ich mir die Frage: Wie schaffen wir es, dass diese hehren, sehr ehrgeizigen Ziele, die man sich gesetzt hat, auch wirklich und nachhaltig umgesetzt werden? Und da gibt es immer wieder die gleiche Botschaft – wie etwa auch bei den Klimaverhandlungen: Deutschland ist wichtig mit seiner Vorreiterrolle, aber Deutschland allein kann es nicht schaffen.

Ich würde gerne auf die Rolle der anderen europäischen Länder eingehen. Ich habe gerade nachgelesen, dass sich von den 28 Mitgliedstaaten nur 14 an der Arbeitsgruppe beteiligt haben, in der die Vorschläge für die Ziele erarbeitet wurden. Wie sind Ihre Erfahrungen in den anderen EU-Staaten? Wie schafft man es, die breite Gesellschaft nicht nur bei der Erarbeitung der Ziele, sondern auch bei der Umsetzung – das ist ja die wichtige Frage – miteinzubinden?

Und dann noch ganz kurz zum Thema „Klima“. Das ist ja im Unterpunkt 13 auch erwähnt – das ist sicherlich von der Priorität nachrangig. Aber auch da ist es ja so: Wir können die internationalen Klimaziele nur erreichen, wenn wir es schaffen, dass die Wirtschaft in den ärmeren Ländern auch schon gleich energieeffizient und klimafreundlich aufgebaut wird. Da braucht es Unterstützung; dafür gibt es ja den Climate Fund. Reicht das aus? Oder was muss noch gemacht werden, dass man da auch wirklich Erfolg hat?

Abg. **Dr. Matthias Miersch** (SPD): Ich möchte eine Vorbemerkung machen als jemand, der acht Jahre im Parlamentarischen Beirat gearbeitet hat und sich 2012 in Rio stundenlang anhören musste, dass die Staatschefs alle schon nachhaltig handeln. Ich will vorweg sagen: Ich finde das alles viel zu freundlich, was hier passiert! Wir sind in dieser Runde sicherlich alle geerdet und wissen auch, was läuft. Aber ich glaube, die Debatte über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hat es nie vor 20:00 Uhr im Plenum gegeben. Möglich-



erweise einmal um 18:15 Uhr oder so, aber nie konkret. Und die Stichworte, Frau Spielmans und Herr Messner, die Sie genannt haben, die für mich entscheidend sind, sind „Verbindlichkeit“ und „Transparenz – Monitoring“. Und ich erhoffe mir von Ihnen schon in irgendeiner Form ganz konkrete Hinweise. Also meine Vorstellung wäre, dass es zumindest einmal im Jahr in diesem nationalen Parlament eine Debatte geben muss, bei der die Kanzlerin um 09:00 Uhr morgens erklären muss, wo die Ziele erreicht werden und wo nicht...

Zwischenrufe

... Meinetwegen auch der Vizekanzler oder die ganze Regierung; wie auch immer. Aber da sind wir nur bei der nationalen Debatte. Gibt es irgendeine Form von Verbindlichkeit – das ist ja auch das Problem bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen –, denken Sie an irgendein System auf internationaler Ebene, in dem die Verbindlichkeit mit durchgesetzt werden könnte? Oder sind wir darauf angewiesen, dass im nationalen Bereich eine Umsetzung erfolgt und sozusagen auf Goodwill gesetzt wird? Da würde mich auch die Einschätzung der Bundesregierung noch einmal interessieren. Herr Contius vom BMUB, vielleicht gibt es in den Verhandlungen in irgendeiner Form einen drive, dass man versucht, das Ganze verbindlich zu machen? Oder sollen wir alle vier Jahre uns wieder dieses dreiminütige Staatschefsgerede anhören?

Vorsitzende: So, das war ja jetzt noch einmal sehr aufrüttelnd an uns alle. Herr Lenkert, bitte!

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es wurde vorhin ausgeführt, dass aus den SDGs eine Normbildung erfolgen soll, eine Regelbildung. Da möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen. Zurzeit wird viel über Freihandelsabkommen geredet. In diesen ist eine regulatorische Kooperation vereinbart. Regulatorische Kooperation heißt: Nicht nur zwischen den Staaten, sondern mit den Stakeholdern der Industrie müssen neue Regeln und Normen abgestimmt werden; das Ganze gekoppelt mit den ICSID-Regeln – sprich: den internationalen Schiedsgerichtshöfen, die Staaten verurteilen, wenn sie neue Regeln machen, die die Investition entwerten. Das heißt: Investorenschutz wird deutlich über den Schutz der Umwelt und auch der nachhaltigen Entwicklung gestellt. Ich möchte als Beispiel ganz kurz auf Kanada/Neufundland hinweisen, die ein kritisches

Additiv im Benzin verbieten wollten. Sie haben das gemacht und sind dann zu 130 Millionen Schadenersatz und außerdem verurteilt worden, dieses Additiv wieder zuzulassen, weil sie keine andere Wahl hatten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage – für DIE LINKE. ist sie beantwortet, wir lehnen deshalb die Freihandelsabkommen in dieser Form ab, weil sie kontraproduktiv zu den SDG-Zielen stehen –, die Frage an Sie: Sehen Sie diese Probleme ähnlich oder wie müssten die Verträge, wenn sie denn kommen, umgestaltet werden, damit nicht Investorenschutz über Umweltschutz und Schutz der Lebensgrundlagen der Menschheit steht?

Die zweite Frage möchte ich an Herrn Jung richten: Es ist uns in der letzten Legislatur im Beirat gelungen – das war eine der Glanzstunden, fand ich –, dass wir Hermesbürgschaften für Atomanlagen für energetische Produktion nicht mehr befürworteten. Der Beirat darf ja nur Empfehlung abgeben. Das ist jetzt Regierungshandeln geworden.

Die jetzige Bundesregierung stellt die schwarze Null über alles; sie hat aber das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe einzusetzen – und wir haben vorhin erkannt, warum das auch so wichtig ist –, verfehlt. Könnte sich der Beirat für nachhaltige Entwicklung vorstellen, dass er eine ähnliche Empfehlung wieder erarbeitet, fraktionsübergreifend, um damit den Druck auf die handelnden Fraktionen beziehungsweise auch die Bundesregierung zu erhöhen, damit dieses Ziel am Ende dieser Legislatur oder zu Beginn der nächsten endlich erreicht wird? Also, die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben statt der jetzigen 0,4 Prozent.

Abg. **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte mich gerne an dem Erdungsversuch von Herrn Miersch beteiligen und ganz konkret auf den Bereich zu sprechen kommen, wo wir eine Zielfestlegung haben, also Biodiversität – eine ganz konkrete Zielvorgabe, die durch ganz konkrete Maßnahmen umsetzbar ist und wo die nationale Ebene handlungsfähig ist. Deshalb würde ich gerne an die beiden Sachverständigen und an die Bundesregierung die Frage richten, wie sie den Sachstand bei einem ganz konkreten Gesetzgebungsvorhaben, sprich: Düngeverordnung beurteilt. Wo wir – Herr Kollege Schulze, ich komme auf Sie zurück – konkret wissen: Wenn wir da jetzt das Richtige



tun würden, würden wir für das 2020-Ziel bei der Biodiversität einen wirklich gravierenden Fortschritt erzielen, für das Grünland etc., für die Biodiversität insgesamt. Das wäre ein Durchbruch für den Artenschutz in Deutschland. Eine ganz konkrete Sache, die kann man auf der nationalen Ebene allein regeln kann. Die Akteure sitzen hier alle am Tisch. Wenn wir es nicht schaffen, bei einer solchen Sache, bei der die wissenschaftlichen Erkenntnisse klar sind, wo die Fakten auf dem Tisch liegen, bei der Sie sich nur noch gegenüber dem Landwirtschaftsministerium durchsetzen müssen – das ist alles! Wenn wir es da nicht schaffen, die Schlussfolgerung von Herrn Schulze zu ziehen, dann müssten wir die Ziele aufgeben, dann bin ich bei Herrn Miersch, dann können wir das alles lassen. Wenn ein Staat wie Deutschland...

Zwischenrufe

... Entschuldigung, dann habe ich Sie überinterpretiert – aber das darf man hier ja durchaus.

Ich will sagen: Wie schätzen Sie die Wirksamkeit solcher Ziele ein, wenn wir es nicht einmal in diesem Bereich schaffen? Vor dem Hintergrund solcher Verhandlungsprozesse, die konkret gerade ablaufen – und Sie haben ja dem Wortgeplänkel entnommen, wie es wahrscheinlich ausgehen wird.

Und Herr Jung, ich habe Ihre Ausführungen zum Fahrdienst aufmerksam vernommen. Ich sitze in der Inneren Kommission; das hatten wir gestern gerade als Thema. Ich würde Sie bitten, dass Sie sich in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender in diese Diskussion rechtzeitig mit einschalten. Die Neuausschreibung des Fahrdienstes ist für 2017 vorgesehen. Ich denke, wir sollten im nächsten Jahr eine überfraktionelle Vereinbarung tatsächlich hinbekommen, damit dort ein ernsthafter Schritt, so wie Sie ihn eben gefordert haben, getan wird. Das ist bisher gescheitert – an wem ist jetzt einmal egal. Lassen Sie uns nach vorne schauen!

Vorsitzende: Ja. Was den Fahrdienst angeht, da hatten wir hier vom Umweltausschuss auch einmal einen Vorstoß gemacht. Da hat der Fahrdienst sich ja schon einmal an bessere Vorgaben gehalten, als das jetzt der Fall ist. Also von daher: da noch einmal anzusetzen – Umweltausschuss bzw. Nachhaltigkeitsbeirat – das ist sicher auch der Mühe wert; auch wenn ich persönlich genau weiß, wie viel

harte Arbeit das ist, das am Ende auch durchzusetzen. Einfach ist das nicht! Wir haben ja noch ein bisschen Zeit - Frau Lemke hat darauf hingewiesen; da können wir sicher rechtzeitig die Vorarbeiten leisten.

So, jetzt sind eigentlich an alle Akteure Fragen gestellt worden, an die Bundesregierung, an Prof. Messner, an Frau Spielmans und Herrn Vorsitzenden Jung. Da würde ich jetzt einmal denjenigen das Wort erteilen, die sich bisher noch ein bisschen „ausruhen“ konnten, nämlich der Bundesregierung.

Stephan Contius (BMUB): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, die Frage des Monitoring wurde eben angesprochen. Die ist natürlich zentral. Der ganze Katalog ist nur so viel wert, wie die Monitoring-Regeln am Ende zulassen bzw. Raum geben. Frau Schwarzelühr-Sutter und Staatssekretär Dr. Friedrich Kitschelt vom BMZ haben in New York das Thema des Monitoring in einer Veranstaltung diskutiert. Wir hatten ein sehr gutes Echo dort. Wir haben ein deutsches Papier vorgestellt, was wir meinen, was die essentiellen Punkte eines solchen Monitoring, eines Review, einer Überprüfung sein müssen. Das ist das erste Papier, das international jetzt dazu vorliegt. Es gibt auch sehr gute Unterstützung aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich und aus der Forschung in Deutschland, die Stiftung Wissenschaft und Politik ist in der Fläche sehr, sehr aktiv. Deutschland prägt diese Debatte in New York. Wir benötigen ein gutes Monitoring-System, das Defizite aufzeigt, damit wir dann politisch handeln können. Wir können ja nicht handeln, wenn wir nicht wissen, wo die Defizite sind. Anders geht es nicht.

Zweiter Punkt: Die Bedeutung der Agenda, ihre Wirkung, was kann sie erreichen? Sie dürfen, glaube ich, nicht unterschätzen, was die MDGs tatsächlich international bewirkt haben, auch wenn sie weich formuliert waren. Es gibt zwar einige MDGs, die hart formuliert waren, aber selbst in den Bereichen, in denen sie nicht hart formuliert waren, haben sie einen Referenzrahmen gebildet, den man den Regierungen und den Finanzinstitutionen vorhalten konnte. Und dies ist der entscheidende Punkt. Die Agenda bewirkt Rückenwind für die Themen, die hier diskutiert wurden, und letztlich auch für das Thema „Nachhaltigkeit“. Wir treten in eine neue Gesprächsrunde zum Thema „Nachhaltigkeit“ ein durch diese Agenda. Es ist eine höhere



politische Aufmerksamkeit durch die Agenda gewährleistet und was immer Sie an einzelnen Unterzielen kritisieren mögen, allein die Nennung von Begrifflichkeiten, dass da etwas geschehen muss, wie z. B. Ressourceneffizienz oder die Einhaltung von internationalen Arbeitsnormen, ist dann in dieser Auswahl dessen, was da tatsächlich dann am Schluss beschlossen wird, ein Referenzrahmen für die Zivilgesellschaft weltweit, und auch für jeden, der sich für diese Themen politisch einsetzt. Das ist ein Referenzrahmen, der zurzeit nicht existiert. Wir haben jede Menge Prosa zu nachhaltiger Entwicklung, aber wir haben nicht diese Zuspitzung. Dankeschön.

Vorsitzende: Und zur Düngeverordnung? Da sind wir ja für die Prosa oder auch Nicht-Prosa selber verantwortlich.

PStS Florian Pronold (BMUB): Den Zeitplan kann ich gerade nicht aus dem Ärmel schütteln. Habe gerade das Referat gebeten, nachzufragen. Vielleicht klappt es noch während dieser Sitzung. Ansonsten beantworten wir das schriftlich.

Vorsitzende: Also, es war eher eine politische Frage als eine Frage des Zeitplans.

PStS Florian Pronold (BMUB): Na ja, Sie wissen, dass wir da in nicht einfachen Verhandlungen sind mit dem Landwirtschaftsministerium und dass es keinen Sinn macht, Prognosen zu stellen, die auf die Zukunft gerichtet sind. Ich glaube, man muss das Ergebnis abwarten und nicht vorher den Diskussionsprozess kommentieren, weil das erleichtert auch nicht die Durchsetzungschancen der eigenen Ziele.

Vorsitzende: Dann hat jetzt wieder Herr Prof. Messner das Wort.

Prof. Dr. Dirk Messner (DIE): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende. Frau Abg. Weisgerber, Sie hatten die erste Frage betreffend die Armutsbekämpfung gestellt und gefragt, was man denn da jetzt tun kann und wo die Handlungsfelder liegen. Mir wären drei Dinge wichtig.

Das erste wäre: Wir müssen, glaube ich, verstehen, dass es einerseits um die ODA-Zusagen geht. Da würde ich Herrn Abg. Jung unterstützen. Wenn wir jetzt ein Zeichen setzen wollen, dass wir diesen ge-

samten SDG-Prozess unterstützen, wäre eine Aufstockung der ODA-Mittel, gebunden an die SDG-Dynamik, sicher hilfreich.

Zweites Element: Wir müssen verstehen, dass unser ökologischer Fußabdruck und die Tatsache, wie wir mit den Erdsystemgrenzen umgehen, entscheidend dafür sein wird, ob langfristig eine Armutsbekämpfung überhaupt möglich ist. Da liegt die Verantwortung quasi in unserem Spielfeld. Und das ist die Ausrichtung auf die universelle Agenda, die ist da sehr bedeutend.

Und der dritte Punkt: Wenn es uns gelänge, die deutsche Energiewende mit den Zielsetzungen, die wir bis 2050 haben, tatsächlich umzusetzen, wäre das wahrscheinlich der größte Beitrag Deutschlands, den wir bisher für eine globale nachhaltige Entwicklung geleistet hätten. Weil dies ein ernsthafter Beitrag in Bezug auf internationalen Klimaschutz wäre. In einem Erdsystembereich wären wir da wirklich Pionier und es würde viele Nachahmer finden – das können wir jetzt schon beobachten und beurteilen.

Vielleicht eine weitere Anmerkung: Es scheint mir wichtig zu sein, dass wir im Rahmen der Europäischen Union unsere Kräfte bündeln. In 14 Tagen lädt die neue EU-Außenkommissarin Mogherini die Entwicklungsminister Europas ein, um über die SDGs zu diskutieren. Da wird es wichtig sein, dass Konstatierung auch stattfinden kann und eine gemeinsame Marschlinie organisiert wird. Auch bei der Umsetzung, über die wir auch viel gesprochen haben, scheint mir Arbeitsteilung wichtig zu sein. Wir haben in Europa viele Dinge noch nicht auf die Art und Weise komplementär oder synergetisch organisiert, wie das eigentlich nötig wäre, um die Mittel so effizient wie möglich umzusetzen. Europa ist der wichtigste Geber im Konzert der internationalen Entwicklungspolitik. Da sind noch viele Potentiale, um die Verzahnung zwischen Europäischer Union und Mitgliedsstaaten zu verbessern.

Herr Miersch, zwei Punkte würde ich gerne machen. Der erste betrifft die Frage der Verbindlichkeit, die Sie ins Zentrum gestellt haben. Und Sie haben gefragt: Gibt es konkrete Vorschläge, was man tun kann? Für den Klimabereich haben wir vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen einen Vorschlag vorgelegt, der folgendermaßen aussieht: Wir schlagen vor, in Bezug auf den UN-Klimavertrag 2015 – das ist das erste



Element, der Pledge-Mechanismus – die freiwilligen Zusagen der Staaten, Treibhausemissionen zu mindern, anzugehen. Vermutlich werden wir nichts Besseres hinkriegen, weil die Amerikaner und Chinesen nichts anderes unterschreiben werden. Auch Obama wird seine beiden Häuser nicht dazu kriegen, einen anderen Vertrag zu ratifizieren.

Wir schlagen dann aber zweitens vor – dafür kann man werben – dass im Monitoring und Reporting, in der Überprüfung dessen, was denn tatsächlich von den freiwilligen Verpflichtungen umgesetzt wird, dass das völkerrechtlich so hart wie eben möglich vereinbart wird. Das ist sehr wichtig. Wenn wir uns da nicht auf gemeinsame Vereinbarungen beziehen können, auf das, was wir überhaupt messen, wie wir das überprüfen und wie wir das veröffentlichen – wenn wir uns das nicht vereinheitlichen, wird es sehr schwer, überhaupt Transparenz in Umsetzungsmechanismen hinein zu bekommen. Also, eine völkerrechtliche Verbindlichkeit so stark wie eben möglich!

Ein drittes Element, das wir da vorschlagen haben: Wenn wir das Gesamtbild haben, wie weit wir denn mit den nationalen Pledges kommen, sollte drittens auf der Grundlage des Standes der Wissenschaften und auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise geschaut werden; wie weit wir dann noch entfernt sind vom eigentlichen Ziel, nämlich dem Zwei-Grad-Ziel. Und wenn das nicht erreicht werden kann, muss nachjustiert werden, ein prozeduraler Mechanismus muss dann einsetzen, damit wir da nicht ins Leere laufen.

Wir haben einen letzten Vorschlag, der sehr weitgehend ist und für den man sicher in Paris keine Zustimmung finden wird, aber den wir in die Diskussion geben wollten. Wir schlagen vor, dass Nichtregierungsorganisationen, die bei den Vereinten Nationen akkreditiert sind, in Zukunft möglicherweise ein Klagerecht bekommen könnten, wenn Staaten ihre selbst vorgeschlagenen Zielsysteme nicht einhalten. Das sind also eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen in Bezug auf den Klimaprozess, an denen man arbeiten muss.

Die dritte Frage kam von Herrn Lenkert; TTIP und SDGs war Ihr Thema. Das ist in der Tat ein wichtiges Thema. Wir hatten neulich in Berlin in Zusammenarbeit mit dem BMZ und dem BMUB ein Treffen mit dem Klima- und SDG-Berater von Präsident

Obama, John Podesta. Er war Kabinettschef während der Clinton-Regierung im Weißen Haus. Da haben wir genau über diese Frage gesprochen und festgestellt, dass wir noch keine Arbeitsgruppe aus Experten und Wissenschaftlern zusammengesetzt haben, die sich mit diesen Fragestellungen beschäftigen würde. Es wäre sehr sinnvoll, wenn man TTIP und SDGs tatsächlich zusammenführen würde. Zumindest mal thematisch, um Vorschläge zu erarbeiten; dass man nicht TTIP ohne SDGs erst mal verabschiedet und erst anschließend schaut, wie man nachbessert. Vielmehr in dem TTIP-Prozess das, was wir jetzt im 2015-Prozess im Hinblick auf die SDGs debattieren, da sozusagen gleich einbaut. Das wäre eine konkrete Aktivität, die man vorschlagen könnte. Eine solche Arbeits- und Expertengruppe, die sich darum kümmern würde, gibt es bisher nicht.

Frau Abg. Lemke, zur Düngeverordnung kann ich Ihnen leider nichts sagen, weil ich die Details nicht kenne. Da würde ich mich auf zu dünnes Eis begeben. Deshalb halte ich mich da zurück.

In der Studie, die vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik über Biodiversität erstellt wird – zu der Frage, wie werden die Ziele, die international vereinbart sind, umgesetzt – zeigt sich, dass die allermeisten Länder ziemlich weit von der Umsetzung und Erreichung dieser Ziele entfernt sind. Wir haben zwar ein klares Ziel, aber mit der nationalen Umsetzung kommen wir nicht voran. Deswegen ist diese Debatte, die wir hier über Umsetzung führen – Monitoring und wie bringen wir da Transparenz rein – besonders wichtig

Ich möchte den Punkt der Beschaffung noch aufnehmen, wenn Sie es mir gestatten. Die Beschaffungspolitik ist von erheblicher Bedeutung, das ist ein richtig großer Hebel. Wir reden hier über 20 bis 25 Prozent der Weltwirtschaft – je nachdem mit welchen Zahlen oder Datensätzen man arbeitet. Für Nordrhein-Westfalen habe ich gerade die Zahlen, weil wir vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik gerade mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Beschaffungsfrage erörtern. In Nordrhein-Westfalen reden wir über 70 Milliarden Euro im Jahr. Ob man also in Richtung Nachhaltigkeit investiert oder eben nicht – das macht tatsächlich einen Unterschied, das ist ein großer Hebel, das ist etwa ein Viertel unseres Bruttonutzenproduktes, um das es da insgesamt geht. Das hört sich nach einem langweiligen, technischen Thema an,



das ist es aber ganz und gar nicht, sondern es ist wirklich ein großes Feld.

Heike Spielmans (VENRO e. V.): Vielen Dank. In vielen Punkten, die Herr Messner gesagt hat, kann ich mich anschließen. Vielleicht in Bezug auf die Frage von Frau Weisgerber noch der Hinweis, dass es, glaube ich, verkehrt wäre, immer Deutschland als Vorreiter in vielen Punkten darzustellen und andere europäische Länder als schlechter. Das ist ja in der Tat gerade auch in der Entwicklungszusammenarbeit nicht unbedingt der Fall. Also es gibt ja Länder in Europa, wie Großbritannien oder die Niederlande, die das 0,7-Prozent-Ziel schon erreicht haben, während Deutschland gerade mal bei der Hälfte stagniert. Das ist sicher ein Punkt, ohne jetzt zu sehr auf der Finanzierung „rumreiten“ zu wollen, der irgendwie sehr viel auch mit der Glaubwürdigkeit Deutschlands in diesen Fragen zu tun hat.

Ansonsten noch ergänzend, dass für die Armutsbekämpfung natürlich auch sehr viele unterschiedliche Politikfelder eine Rolle spielen und deswegen die Frage der Kohärenz von Politik hier ganz entscheidend ist. Also etwa im Bereich der Europäischen Union auch natürlich die Handelspolitik. Auf der einen Seite wirbt unser Entwicklungsminister für fairen Handel, gleichzeitig setzt sich die Bundesregierung für Freihandelsabkommen ein. Das betrifft auch die Landwirtschaftspolitik. Wir brauchen nicht nur eine Energiewende in Deutschland, sondern wir brauchen auch eine Agrarwende, neben einer Mobilitätswende und vielen anderen Politikbereichen. Was ich sagen will: Die Politik Deutschlands und die Politik der EU wirkt sich in vielen Politikfeldern auf die Entwicklungsländer aus. Es geht nicht nur um Armutsbekämpfung oder Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne.

Ich finde den Punkt auch sehr wichtig, den Herr Dr. Miersch angesprochen hat – die Frage der Verbindlichkeit. Verbindlichkeit im engeren Sinne werden wir nicht hinbekommen, weil natürlich die Staaten sagen, sie haben ihre nationale Souveränität, die sie nicht abgeben wollen, und da wollen sie sich auch nicht reinreden lassen. Die Stiftung Wissenschaft und Politik hat vorgeschlagen – Herr Contius vom BMUB hat es ja schon erwähnt und Herr Messner hat es in Bezug auf die Klimaverhandlungen erläutert – in einem ersten Schritt können sich die Staaten selber verpflichten und die Verpflichtun-

gen in nationale Ziele umsetzen. Das ist der Ausgangspunkt, der dann aber einem Review-Prozess und auch einem so genannten Peer-Review-Prozess verbindlich unterliegt. Dieser muss transparent ablaufen; es ist auch ganz wichtig, dass die Zivilgesellschaft, dass kritische Stimmen einbezogen werden. Ich glaube, das ist dann das Höchstmaß an Verbindlichkeit, was man erreichen kann, dass man über diesen Mechanismus „name and shame“ deutlich machen kann, dass diese selbstgesetzten Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

In dem Papier wird auch dargelegt, dass es eben nicht nur um eine simple Berichterstattung anhand von Indikatoren geht – also das haben wir erreicht, das haben wir nicht erreicht. Es geht vielmehr explizit auch darum, die Gründe zu erforschen, warum bestimmte Sachen nicht erreicht wurden, was war hinderlich? Dass wirklich auch ein Auseinandersetzungsprozess darüber stattfinden kann. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist. Gerade auch in Ländern, in denen es nicht so ganz demokratisch zugeht oder wo die Beteiligung von Zivilgesellschaft nicht so selbstverständlich ist – dass diese Gruppen einen Referenzrahmen haben, der international vereinbart ist. Damit sie ihren Regierungen sagen können: „Hier, auch ihr habt das mit unterschrieben und ihr müsst darüber Rechenschaft ablegen.“ Also deswegen ist es, denke ich, auch wenn es nicht 100 Prozent verbindlich ist, ein trotzdem wichtiger Mechanismus.

Zur Düngeverordnung kann ich leider auch gar nichts sagen; da arbeiten wir als Verband nicht konkret zu.

Ich möchte kurz auf das Thema Dienstwagen und diesen Bereich eingehen. Ich denke, wie man selber die eigene Arbeit organisiert und ausgestaltet, ist sehr wichtig, auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit. Bundesminister Müller hat es oft in seinen Reden betont – die Verantwortung, die jeder Einzelne hat; teilweise so weitgehend, dass wir es wieder kritisieren und sagen: Ja gut, aber man kann auch nicht alles dem Individuum überlassen. Die politischen Rahmensetzungen müssen entsprechend gesetzt werden. Aber auf der anderen Seite kann es nicht sein, dass man immer nur auf politische Rahmensetzung verweist und sich selber sozusagen da rausnimmt, sein eigenes Handeln insoweit nicht überprüft. Deswegen finde ich solche Fragen durchaus sehr wichtig.



Abg. **Andreas Jung** (Konstanz) (Vorsitzender des PBN): Es gab zwei Fragen an mich: Zum einen die Frage des Kollegen Lenkert, zusammengefasst: Könnte der Nachhaltigkeitsbeirat eine einstimmige Empfehlung aussprechen, nach der Devise: ODA-Quote statt schwarze Null? Das hat ja zwei Teile; eine Empfehlung zur Abkehr von der schwarzen Null – ich kann sicher sagen, dass es das jedenfalls nicht einstimmig geben wird; das würde schon an meiner Stimme scheitern. Ich finde gerade, dass das Vorhaben, künftigen Generationen keine Schulden mehr aufzubürden, eben auch ein wichtiges Anliegen im Sinne einer nachhaltigen Politik ist. Das ist der eine Teil der Frage; der andere Teil ist, dass wir mit den Mitteln so umgehen, dass es möglich wird, die ODA-Quote zu erhöhen; gekoppelt an diesen SDG-Prozess, ganz konkret für diese Ziele. Ich sage, ich halte es persönlich für notwendig. Und ich halte es für vorstellbar, dass der Beirat eine solche Empfehlung abgibt. Wir werden den Prozess ja weiter verfolgen. Ich halte das für denkbar, aber es ist natürlich eine Entscheidung des Gremiums, wie überall.

Zweitens, was die Fragen der Kollegin Lemke nach dem Fahrdienst angeht. Ja, in diese Debatte haben wir uns schon in der letzten Legislaturperiode, auch mit dem Ältestenrat, sehr intensiv eingebracht. Wir haben die anstehende Debatte dadurch vorbereitet, dass wir im Beirat ein Gespräch mit der zuständigen Stelle im Bundestag geführt haben. Wir werden uns genau dann, wenn sich die Frage stellt, entsprechend einbringen; die Pfeile sind also im Köcher.

Dritter und letzter Punkt: TTIP. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir im Beirat eine Anhörung zu dem Thema TTIP und Nachhaltigkeit gemacht haben. Wir beabsichtigen auch, im Anschluss daran eine Empfehlung im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsaspekte abzugeben. Da werden wir gerne auch die Punkte, die hier angesprochen wurden, speziell den Punkt TTIP und SDGs, zusammenbinden und aufgreifen.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann kommen wir zur letzten Runde. Abg. Schulze hatte sich gemeldet. Falls noch andere aus der CDU/CSU-Fraktion Nachfragebedarf haben; bei der letzten Runde machen wir es immer so, dass wir das auch nochmal öffnen. Also gebe ich zuerst Herrn Kollege Schulze das Wort, danach kommen die Kollegen Göppel und Gebhart. Bei der SPD hatte sich Herr Miersch

gemeldet. Im Anschluss daran Abg. Lenkert bei der Linken und dann Frau Baerbock von den Grünen. Wir beginnen also mit Herrn Schulze.

Abg. **Dr. Klaus-Peter Schulze** (CDU/CSU): Vielleicht hatte ich mich bei meiner ersten Runde nicht ganz deutlich ausgedrückt, das passiert ja ab und zu mal. Frau Lemke, ich habe nicht gemeint, dass wir die Ziele aufgeben sollen, sondern wir sollten sie verändern. Öko-Systeme sind nun mal dynamische Systeme. Meine Frage – und darauf, Herr Professor, waren Sie noch nicht richtig eingegangen: Halten Sie es für sinnvoll, diese Ziele solchen dynamischen Prozessen anzupassen? Ich will ein Beispiel nennen: Wenn ich die Veränderung unserer agrarischen Ökosysteme in den letzten 15 Jahren betrachte – seitdem wir seit Anfang der 2000er Jahre insbesondere die Bio-Energie auf den Weg gebracht haben – und die Ergebnisse jetzt sehe, ist hier eine Veränderung entstanden, vor allem in den letzten zehn Jahren. Darauf muss man meiner Meinung nach bei einer Zieldefinition reagieren. Danke.

Abg. **Dr. Matthias Miersch** (SPD): Ich habe nur eine ganz kurze Frage, eine Einschätzung, gerichtet an beide Sachverständige: Wann sind die Messen, was die Verabschiedung der SDG betrifft, auf internationaler Ebene „gesungen“? Ich frage mich nämlich, wann es notwendig ist, oder bis wann es notwendig ist, auch etwa einen parlamentarischen Impuls zu setzen. Es gibt ja jetzt jede Menge Vorkonferenzen und da würde mich einfach Ihre Einschätzung interessieren.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine erste Frage geht an Frau Spielmans. Es ist ja nun so, dass es immer einzelstaatliche Interessen geben wird, die nicht unbedingt mit den Globalinteressen übereinstimmen. D. h. welche Vorstellung hätten Sie, um ein internationales Regelungsgremium zu finden, das in solchen Fällen Entscheidungen treffen könnte. Sei es bei den Vereinten Nationen oder auf anderer Ebene.

Eine zweite Frage geht an Prof. Messner. Wir wissen alle, dass die Ressourceneffizienz und Energieeffizienz im Moment bewertet wird nach dem Thema Bruttoinlandsprodukt zu verbrauchter Energie und Ressourcen. Gleichzeitig ist natürlich ein Großteil von energieintensiven bzw. ressourcenintensiven Arbeitsschritten verlagert worden in



andere Regionen, was ein Problem darstellt. Wir hören immer wieder als Beschwichtigung, warum wir in Deutschland keine Maßnahmen durchführen, dass wir ja nur zwei Prozent des CO₂-Ausstoßes weltweit verursachen; 2,4! Danke. Und wir haben aber nur 1,1 Prozent der Weltbevölkerung, d. h. wir überbeanspruchen unseren Anteil schon.

Deswegen die Frage an Sie: Inwieweit wäre es vorstellbar im Hinblick auf die sechs genannten Hauptziele, diese herunterzubrechen auf den Anteil eines jeden Bewohners der Erde. Mich würde interessieren, wo wir da in Deutschland stehen, damit wir die Handlungsnotwendigkeit auch für die Bundesrepublik darstellen können. Ich will eine klare linke Position nennen: Wir als DIE LINKE. sind der Meinung, dass jeder das Anrecht auf dieselbe Umweltnutzung haben sollte – unabhängig davon, in welchem Land und in welcher Gesellschaft er oder sie lebt.

Abg. **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mal nochmal eine Nachfrage zur Finanzierung, sowohl an Frau Spielmans als auch an Prof. Messner. Weil das ja so ein bisschen der Trigger-Point sein wird. Insbesondere für die Klimaverhandlungen, für die Nachhaltigkeitsstrategie zum Teil ja auch. Meine Frage: Wie wollen wir die 100 Milliarden im Klimabereich eigentlich gewährleisten, sowohl national als auch international? Ist ja eine sehr, sehr schwierige Aufgabe. Und dann gibt es ja weiterführende Fragen, die vielleicht auch aus entwicklungspolitischer Sicht sehr interessant sind. Also etwa: Inwieweit vermischt man Entwicklungsgelder mit Klimageldern? Es bedingt einander ja zum Teil. Es kann einen positiven Effekt haben, aber es kann natürlich auch sein, dass man eigentlich die Zahlung insgesamt herunterschraubt, weil man alles in einen Topf wirft. Haben Sie da eine Position, diskutieren Sie das?

Zweiter Punkt dazu: Inwieweit sind es nur öffentliche Gelder? Und sollte man auch aus Ihrer Sicht private Gelder mit einbeziehen, weil die privaten Akteure ja auch eine Verantwortung haben in diesem Bereich. Und dann ähnlich zur ODA-Quote: Könnten Sie da auch Vorschläge konkreter erarbeiten, um Druck zu erhöhen, auch auf die Bundesregierung, wie das denn im Haushalt dargestellt werden könnte bzw. sollte, damit wir irgendwann dieses Ziel auch erreichen? Und wenn ich darf, nochmal eine Anmerkung zu Ihrem Verbandsklagerecht. Diese Idee finde ich sehr charmant. So haben

wir es ja auch im Umweltgesetzgebungsprozess. Beziehen Sie das auf die internationalen Verhandlungen oder eher auf Europa bzw. auf Deutschland? Denn international sind ja so Länder wie China, die sich nicht vor der Welt verpflichten wollen. Wenn jetzt auch noch ein Klagerecht eingeführt würde, dann nimmt die Bereitschaft dazu sicherlich noch stärker ab. Also, auf welche Ebene haben Sie das bezogen?

Abg. **Josef Göppel** (CDU/CSU): Als letzte Woche die Pressemeldungen erschienen, dass es planetarische Grenzen gibt, hatte ich in meinem Wahlkreis einige Reaktionen, die ungefähr so lauteten: „Ach ja, es gibt ja da wirklich außer Klimaschutz auch noch andere Grenzen!...“. Also es war ein gewisses Erstaunen dabei zu spüren und das ist auch gar kein Wunder. Ich möchte das mit einem Beispiel belegen: Die Rundfunksendungen, die in etlichen deutschen Sendern viertelstundenweise Nachrichten bringen, die haben da den Block drin: Und nun zur Börse. Die Börse haben wir jede Viertelstunde. Wir haben eine derartige Dominanz von Geld und Ökonomie, in der die anderen Faktoren, wie es z. B. unserem Planeten geht, in nur gelegentlichen Sondersendungen auftauchen.

Ich möchte gerne meinem geschätzten Kollegen Jung nochmal in der Schlussrunde die Möglichkeit geben, wie wir diesen gedanklichen Prozess, dass man den Planeten in den Blick nimmt, nun in der politischen Alltagsarbeit voranbringen. Denn das ist ja nun fast eine neue Generationenarbeit. Ich erinnere mich, dass in Bayern Alois Glück die erste Konferenz zum Klimaschutz 1985 gemacht hat. Daran sieht man, in welchen Zeiträumen wir diese Themen verfolgen müssen. Deswegen muss man keinesfalls die Ziele verändern, sondern Schritt für Schritt sich vorarbeiten, so dass dies Allgemeingut der Menschen wird.

Abg. **Dr. Thomas Gebhart** (CDU/CSU): Ich will einen Punkt gerne ansprechen, der heute Morgen mehr oder weniger direkt angesprochen wurde, nämlich, dass es Schwierigkeiten gibt und dass wir an die Grenzen dessen stoßen, was diese Verabredungen auf internationaler Ebene leisten können. Deshalb will ich noch einmal den Blick und die Aufmerksamkeit auf einen anderen Punkt lenken, nämlich auf das Thema „Innovationen“. Diese ermöglichen es, Ressourcenschonung, Umweltschutz, Klimaschutz und vieles Weitere vernünftig



mit wirtschaftlicher Entwicklung und mit guten sozialen Aspekten zu verbinden. Wie weit kann es uns gelingen, noch besser als bisher dafür zu sorgen, dass sich solche Innovationen auch weltweit verbreiten, dass sie Schule machen, dass es uns besser gelingt, voneinander zu lernen, von guten Beispielen? Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Punkt, der in diese Debatte hineingehört. Da würde mich auch Ihre Einschätzung interessieren.

Vorsitzende: So, dann schließe ich jetzt diese letzte Fragerunde. Was die Antworten angeht, da sind Sie alle auch noch einmal gefragt worden und Sie haben auch die Möglichkeit, nochmal aus Ihrer Sicht Anmerkungen zu machen, Dinge, die Sie uns gerne mitgeben wollen, hier zu benennen. Zunächst einmal Prof. Messner.

Prof. Dr. Dirk Messner (DIE): Ja, vielen Dank für die letzte Gelegenheit, Stellung zu nehmen und die Fragen zu bearbeiten. Zunächst zu dem Punkt von Herrn Abg. Dr. Schulze: Biodiversität – Zielsysteme anpassen. Was die Ziele in Bezug auf die Belastbarkeit von Erdsystemen-Bestandteilen angeht, ist die Wissenschaft sozusagen ein ständiger Fluss, der immer weiter an der Optimierung unseres Wissens arbeitet. Insofern kann es durchaus sein, dass Ziele hier weiterentwickelt werden und neu definiert werden. Im Biodiversitätsbereich haben wir da im Augenblick einen stabilen Wissensfundus, das kann sich aber in der Zukunft durchaus weiterentwickeln; Wissenschaft bleibt ja nicht stehen, sondern Wissenschaft verändert sich und gewinnt neue Erkenntnisse. Was wir im Biodiversitätsbereich im Augenblick aber sehen, ist, dass die Länder die Ziele, auf die sie sich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis selbst geeinigt haben, verfehlen. Der Veränderungsdruck müsste also im Augenblick bei der Politik ansetzen, an den Anstrengungen, die Ziele, die gesetzt worden sind, auch ernsthaft zu erreichen. Jetzt die Ziele zu reduzieren auf politischer Seite, wäre vielleicht politisch opportun, weil man dann die politischen Probleme nicht mehr wechselseitig kommunizieren muss, aber wir würden dann sicherlich die ökologischen Zielsysteme, über die wir gute Kenntnisse haben, verfehlen.

Zu diesem Zielsystem, Herr Abg. Dr. Miersch – das hat auch mit der Verbindlichkeitsproblematik zu tun: Ich war an einer internationalen Studie zum Ozeanschutz beteiligt. Das Thema „Fischerei“ ist

dabei eines der Felder in der internationalen Umweltpolitik, bei dem wir über ein gutes Wissen verfügen und wo politisch, über die Nationalstaaten hinweg, ein Konsens existiert, wo die Problemlagen sind und wo die Treiber der Prozesse liegen. Es gibt lange Listen von Selbstverpflichtungen, was man da tun müsste, damit man das Problem löst. Aber wir kommen in dem Bereich so gut wie nicht weiter. Die internationale Überfischung schreitet voran. Ein Minimum wäre, dass man Monitoring, Reporting, Verifizierung, wie man dies alles durchführt, wenigstens vereinheitlicht. Besser wäre es noch, wenn man Sanktionsmechanismen hätte. In manchen Bereichen haben wir das – im Handelsrecht. Im Handelsrecht haben wir ja ein Schiedsgericht, das Sanktionen verhängen kann. Das haben wir im Umweltbereich ja in keinem der Felder. Die internationale Fischereipolitik ist ein sehr „schönes“ Beispiel, dass wir selbst bei gutem Wissen und internationalem Konsens wegen der fehlenden Umsetzungsmechanismen nicht vorankommen. Deshalb sind die so wichtig.

Herr Abg. Lenkert, zwei Fragen habe ich bei Ihnen rausgehört. Die erste Frage war: Wenn wir ein Zielsystem haben, bräuchte man auf der Ebene der Vereinten Nationen ein Gremium, das sich darum kümmert, dass das eingehalten wird? Eine weitreichende Vorstellung wäre die, die sich auch einige Bundesregierungen schon zu eigen gemacht haben und die wir vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen immer mal wieder ins Spiel gebracht haben – analog zum Weltsicherheitsrat – einen Weltnachhaltigkeitsrat zu haben, der auf höchster Ebene Dynamiken globaler Entwicklung monitort und dort entsprechend Initiativen entfalten kann. Das ist kein Vorschlag, den man morgen früh verwirklichen könnte. Es wäre aber etwas, was man eigentlich im Zeitalter international vernetzter Gesellschaften und international vernetzten Wirtschaftens bräuchte, um auf Ebene der Vereinten Nationen – ähnlich wie im Sicherheitsbereich – über diese Fragen systematisch diskutieren zu können. Die Mechanismen sind ja im Augenblick, diese Entscheidungen und dann die Ziele zurückzuspielen in alle internationalen Organisationen. Von der Weltbank bis zur Weltgesundheitsorganisation müssen dann die Zielsysteme, die vereinbart worden sind, nachvollzogen werden. Das ist zunächst mal richtig und wichtig, weil das sind ja die Organisationen, die dann auch



entsprechend Initiativen starten können und Finanzierungsmechanismen haben. Wir haben aber keine Koordinierungsinstanz, die hier für so etwas wie ein Gesamtmonitoring sorgen würde. Also ein Weltnachhaltigkeitsrat wäre eine gute Idee. Dafür müsste man dann aber politisch „dicke Bretter bohren“. Man müsste sich ganz sicher über längere Zeiträume politisch einsetzen.

Ein zweiter Punkt Herr Lenkert, den ich bei Ihnen rausgehört habe: Diese sechs Erdsystemgrenzen – kann man die auf Nationalstaaten herunterbrechen? Das kann man und das ist ein aufwendiger Prozess. Darauf müsste man sich wieder im internationalen Rahmen einigen, auf welche Weise man das tut. Denn das hat nicht nur mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun, sondern dann auch mit normativen Fragestellungen. Eine Sache ist es, zu berechnen, wie groß eigentlich noch das Treibhausgasbudget ist, das uns global zur Verfügung steht und mit dem Zwei-Grad-Ziel kompatibel ist. Das sind derzeit nach dem Stand der Wissenschaften zwischen 750 und 900 Gigatonnen. Wie man die dann auf die Nationalstaaten verteilt, ist eine normative Frage. Wenn man also da ran ginge und sagen würde, jeder Weltbürger hätte das gleiche Recht auf Emissionen, käme man auf eine ganz andere Verteilung, als wenn man sagt, wir nehmen mal die Verteilung von heute und rechnen das um. Das sind Gerechtigkeits- und normative Fragen, aber man kann das machen; das könnten Sie auch hier im Ausschuss natürlich vorantreiben. Sie könnten auch den Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen bitten, diese sechs Erdsystemleitplanken für die Bundesrepublik Deutschland und Europa zu operationalisieren. Was hieße das zum Beispiel für die Bundesrepublik und Europa? Wir können Ihnen da ein Vorschlag machen.

Frau Abg. Baerbock, Sie hatten die Finanzierungsproblematiken angesprochen. Zu all diesen Fragestellungen gibt es Prozesse und auch Studien, an denen ich in meinen unterschiedlichen Rollen mit beteiligt bin. Vom DIE stellen wir gerade einen Bericht in Kooperation mit anderen europäischen Instituten fertig, „European Report on Development“: Wie die SDGs finanziert werden können, welche unterschiedlichen Quellen stehen uns zur Verfügung? Öffentliche Quellen, multilateral, nationale Quellen, welche privaten Investitionen werden notwendig? Wie kann man Pensionsfonds in diese

Prozesse mit einbinden? Was für Standards bräuchte man dann für die Pensionsfonds? Das wird sehr detailliert. Da gibt es viel Material, da können wir uns gerne kurzschließen, wenn Sie daran genauer interessiert sind. Es gibt eine Studie vom Wissenschaftlichen Beirat für Globale Umweltveränderungen zur Frage der Umsetzung der globalen Energiewende. Wenn wir die Energietransformation weltweit bis zum Jahre 2050 in Richtung 80 Prozent Reduzierung und im Jahre 2070 auf Null Prozent Reduzierung hinkriegen wollen – 70 Prozent der Anstrengungen, die wir machen müssen, liegen ja im Energiebereich. Und wie teuer das ist und wie man das finanzieren könnte und welche Länder sich dann beteiligen müssten – dazu gibt es auch entsprechende Studien. Zu all Ihren Fragen, die Sie gestellt haben, gibt es sehr gutes Material. Wir können uns da gerne nochmal austauschen, ich kann Ihnen auch gerne die Studien zuschicken, wenn Sie das interessiert; es gibt sehr gute Beiträge zu diesen Debatten.

Herr Abg. Göppel, ich fand Ihre „dicken Bretter“ sehr gut, auf die Sie hingewiesen haben. Wir reden ja über einen fundamentalen Perspektivwechsel; also noch vor fünf, sechs Jahren war ja die Diskussion über die Grenzen des Planeten, also menschliche Entwicklung nicht denkbar. In öffentlichen Debatten schien das ja eine Hybris zu sein, so etwas zu denken. Wir haben es so weit gebracht, dass wir jetzt über die Grenzen des Planeten ernsthaft nachdenken müssen. Dass wir als Menschen in der Lage seien, im Verlaufe dieses Jahrhunderts die Erdsystemgrenzen zu überschreiten und das Erdsystem an sich auf einen neuen Pfad zu bringen – das ist ja das, worüber wir sprechen. Wir sind dazu in der Lage, im Laufe dieses Jahrhunderts das Erdsystem auf einen neuen Pfad zu bringen. In den Wissenschaften betrachten wir ja das Erdsystem, die Erdsystemforschung als Naturwissenschaft. Das Erdsystem betrachten wir als physikalisches, chemisches und biochemisches System und untersuchen dieses. Und was wir hier gerade besprechen, ist, dass das, was wir in unseren sozialen Systemen, also in Gesellschaft und Wirtschaft tun, einen entscheidenden Einfluss auf die Erdsystemdynamik im nächsten Jahrhundert und dann auch in den nächsten vielen Jahrtausenden haben wird. Das ist noch nicht ganz in allen Köpfen angekommen. Da spielt Bildung und Kommunikation und politische Verantwortung eine sehr wichtige Rolle. Also das



hat mir sehr gut gefallen, wie Sie das dargelegt haben, Herr Göppel.

Die letzte Frage von Herrn Gebhart: Wie kann man Innovationen schneller in diesen Bereichen – eben Energieeffizienz, Klimateffizienz, Transformation zur Nachhaltigkeit – was können wir da tun, damit wir im Innovation und Technologietransfer usw. beschleunigen? Der entscheidende Punkt hierbei scheint mir zu sein: Wir müssen in der internationalen Kooperation – das betrifft die Entwicklungspolitik, das betrifft unsere Forschungspolitik, das betrifft auch das, was das Umweltministerium im Rahmen der Wissenskooperation macht –, wir müssen Wissens- und Wissenschaftskooperation stärker ausbauen. Der entscheidende Bottleneck, den ich da sehe, ist, dass wir im Augenblick in der internationalen Kooperation im Wesentlichen mit unseren eigenen Mitteln arbeiten, also durch Gebermittel finanziertes Wissen, das aus unseren eigenen Institutionen kommt, und die Akteure, von denen wir gerne wollen, dass sie die notwendigen Innovationen umsetzen, an der Kreation des Wissens nicht beteiligen.

Ich bin Mitglied im Global Knowledge Council der Weltbank. Da haben wir für den neuen Weltbankpräsidenten Jim Yong Kim neue Knowledge-Strategien dargelegt, folgende Fragen: Wieviel Prozent des Wissens, auf dem die Weltbank ihre weltweiten Aktivitäten aufbaut, wird eigentlich in der Weltbank selbst aufgebaut und geschaffen? Und wieviel Prozent des Wissens wird im Austausch mit den Partnerländern, wo man dann ja umsetzen will, aufgebaut? Und das ernüchternde Ergebnis war: Je nachdem, welche Zahlen man dann im Detail nimmt und wie man das definiert zwischen 80 und 95 Prozent des Wissens wird in der Weltbank alleine, und nur der winzig kleine Rest in Kooperation mit den Partnern entwickelt, wo dann die Innovationen umgesetzt werden sollen. Und genau das funktioniert nicht! Die gemeinsame Wissensproduktion ist relevant, die Phase, in der gemeinsames Wissen erarbeitet wird – ob das technologische Innovationen oder institutionelle Innovationen sind. Damit wir auf beiden Seiten Innovationsfähigkeit überhaupt erst einmal schaffen und gemeinsames Wissen als Voraussetzung nehmen, als Legitimationsgrundlage für gemeinsames Handeln. Denn in den Ländern, mit denen wir arbeiten, sehen wir immer deutlicher Konzepte, die nur bei

uns erarbeitet worden sind und dann dort umgesetzt werden sollen – das wird nicht mehr akzeptiert. Also meine Antwort auf Ihre Frage: Wie kann man diese Diffusion verbessern? Gemeinsame Wissenskooperationen, stärkerer Fokus in den Bereichen der internationalen Kooperation, von der Entwicklungspolitik über das, was wir im Forschungsbereich machen, bis zu dem, was im Umweltministerium gemacht wird. Gemeinsame Wissensproduktion muss an Bedeutung gewinnen.

Heike Spielmans (VENRO e. V.): Ja, ich möchte ein paar Punkte ergänzen; die Frage von Herrn Lenkert nach den Interessen einzelner Staaten und wie dem begegnet werden kann. Herr Messner hatte bereits darauf hingewiesen: Es gab schon einen Vorschlag, den hatte ja sogar die Bundeskanzlerin eingebracht, einen Rat für nachhaltige Entwicklung o. ä. auf UN-Ebene zu schaffen. Das ist offenbar im Moment politisch nicht durchsetzbar; so war jedenfalls ihre Aussage, nachdem wir dann auch mal nachgebohrt haben, was eigentlich daraus geworden ist und warum sie dieses Thema nicht weiter verfolgt hat. Ich möchte in dem Zusammenhang aber auch nochmal betonen, was ich in meinem Statement betont habe: Dieses Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung, von dem offenbar die Bundesregierung ein bisschen abrücken möchte. Das wichtige an diesem Prinzip ist ja nicht nur die unterschiedliche Verantwortung, sondern, dass es eben auch die gemeinsame Verantwortung betont, und deswegen halte ich es für wichtig, daran festzuhalten, auch wenn man natürlich zu recht sagen kann: Die Welt hat sich verändert, es gibt nicht mehr nur den reichen Norden und den armen Süden – es gibt auch ganz viel dazwischen und es ist eine große Dynamik entstanden. Aber dieses Prinzip als Grundprinzip zu benennen, dass wir eine gemeinsame Verantwortung, die dann unterschiedlich umgesetzt werden muss, haben. Das, denke ich, ist ein wichtiges Prinzip, was nicht aufgegeben werden sollte.

Zu der Finanzierung hat VENRO die Position, dass Klimafinanzierung „on top“ auf die Entwicklungsfinanzierung draufgesetzt werden muss, dass das also nicht miteinander verrechnet werden kann. Wir sind aber auch der Meinung, dass die ODA-Mittel, also öffentliche Entwicklungsfinanzierung, nicht ausreichend sind. Gerade auch für die neuen Ziele mit den SDGs braucht es private Gelder, die



verschiedene Entwicklungen ermöglichen. Uns erscheint dabei wichtig: Es gab ja einen großen Prozess zur Effektivität und Qualität von Entwicklungszusammenarbeit, der mit einem „Busan outcome document“ endete; dass also auch der Einsatz der privaten Gelder sich diesen Effektivitätsgesichtspunkten – Transparenz, Partnerschaft u. ä. – stellen muss und danach vergeben werden muss.

Ein dritter ganz wichtiger Bereich neben öffentlichen und privaten Geldern sind die eigenen Ressourcen in den Ländern, also etwa das Thema Steuerflucht. Dem muss entgegengewirkt werden, gerade auch in diesem Bereich der Steuerkooperation, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, um Entwicklungsländern eben auch Möglichkeiten zu verschaffen oder sie darin zu unterstützen, eigene Ressourcen auch im Land zu halten. Es wird ja eine ganz wichtige Konferenz im Juli zur Finanzierung in Addis Abeba geben und wir werden als VENRO auch zu diesen ganzen Fragen noch eine detaillierte Position im Vorfeld dieser Konferenz veröffentlichen.

Zu dem Punkt von Herrn Göppel. Wie kann das auch besser ankommen bei den Menschen? Wie kann es besser kommuniziert werden? Ich glaube, dass dieser Begriff des globalen Lernens, den es ja seit einigen Jahren gibt, in der Debatte ganz wichtig ist und dass das ein ganz wichtiger Bereich ist, der auch für eine Umsetzung, gerade auch für eine Umsetzung in Deutschland, unbedingt mit aufgenommen werden muss. Ohne größere Anstrengung auch in diesem Bereich, die Herausforderungen, aber auch die Lösungsmöglichkeiten den Menschen zu vermitteln, wird es nicht gehen.

Zum Stichwort Innovationen: Sicher sind Innovationen unbedingt notwendig, technische Innovationen und auch ein Technologietransfer, wie Sie es richtig gesagt haben. Wenn wir sagen, wir brauchen ein ökologisch verträgliches Wachstum, dann bedarf es immenser Innovationen auch im technischen Bereich, um das hinzubekommen. Und es gibt ja auch Stimmen, die das in Frage stellen und die fragen, ob man nicht die ganze Wachstumsfrage anders stellen und anders diskutieren muss.

Ich möchte abschließend auf die Frage von Abg. Herrn Dr. Miersch eingehen. Wo stehen wir eigentlich in dem Prozess und wann ist es Zeit für parlamentarische Initiativen? Der Prozess ist im Mo-

ment in vollem Gange und wird jetzt in den nächsten Monaten zu einem Ende gebracht. Also die nächsten Termine – Herr Contius hat es besser im Kopf als ich – sind im März und im Mai. Also wenn, dann sollte jetzt die Aufmerksamkeit des Parlaments darauf gelegt werden. Und das wäre auch nochmal mein abschließender Appell an die Abgeordneten im Umweltausschuss. Der AWZ und der Umweltausschuss befassen sich mit diesen Themen und sind ja auch schon länger intensiv an solchen Fragestellungen dran. Aber ich glaube, es ist auch notwendig, dass Sie Ihre Kollegen und Kolleginnen noch überzeugen, wie wichtig diese neue Agenda ist. Vielen Dank!

Vorsitzende: Weil Kollege Andreas Jung das Schlusswort haben soll, gebe ich jetzt erst nochmal kurz das Wort an die Bundesregierung.

PStS Florian Pronold (BMUB): Zu dem gerade angefragten Zeitplan würde ich Herrn Contius bitten, dass Sie dazu etwas sagen.

Was Düngemittelverordnung und die Richtlinie für abwassergefährdende Stoffe angeht, sind sowohl Umweltministerium als auch Landwirtschaftsministerium betroffen und auf Ebene der Staatssekretäre eigentlich einig. Aber es gibt sowohl von Seiten der Europäischen Kommission wie von den Ländern noch Gesprächsbedarf. Wir sind derzeit noch in der Vorstufe zu einem Kabinettsentwurf. Wir hoffen, dass wir dies – aber das kann ich nicht verbindlich zusagen – mit den Ländern bis Ende des Monats geklärt haben. Was die Europäische Kommission angeht, kann ich das zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Ich bitte allerdings um Verständnis, dass ich zu einer inhaltlichen und politischen Bewertung, wie von der Frau Lemke gewünscht – da wir als BMUB auch nicht federführend sind – erst dann kommen kann, wenn wir uns auf Basis eines Kabinettsbeschlusses bewegen.

Stephan Contius (BMUB): Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, wir haben jetzt jeden Monat etwa eine Woche lang Verhandlungen in New York, zu denen die Regierungen einfliegen und verhandeln. Das ist nicht nur eine Sache der Diplomaten vor Ort, sondern es gibt da sehr viel Input von den Hauptstädten. Die Hauptverhandlungen am Schluss finden vom 20. bis 31. Juli 2015 statt. Aber wie ich eben sagte: Es gibt jeden Monat



jetzt eine Woche in New York, wo diese wesentlichen Fragen, die Sie heute diskutiert haben, vorentschieden werden. Es gibt zusätzlich im Juli die Tagung des High-Level-Panels des Sustainable Development – das ist wenn Sie so wollen die Antwort der UNO auf die Forderung nach dem Welt-nachhaltigkeitsrat – das ist ein Gremium, das alle vier Jahre auch auf Staats- und Regierungschefebene tagen wird. Wenn wir das Ganze gut fahren als Gruppe der Staaten, die an den Themen wirklich interessiert sind, und das wirklich voranbringen wollen, dann kann sich aus diesem Mechanismus sehr wohl etwas entwickeln, was dann nachhält, in dem aufgezeigt wird, wo Bedarf zum Nachjustieren besteht. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, was jetzt genau herauskommt bei den Verhandlungen, letztlich ganz, ganz entscheidend mit Ihrer Überlegung verknüpft: Wo kann das Parlament sich einbringen? Und der Zeitraum, der dafür steht, ist der von jetzt an bis Juli.

Vorsitzende: Danke für die Informationen. Und nun der Kollege Andreas Jung für das Schlusswort!

Abg. **Andreas Jung** (Konstanz) (Vorsitzender des PBnE): Vielen Dank! Lieber Josef: Die einfache Antwort auf Deine Frage mit dem Radio wäre: Wir brauchen weniger Börse mehr Wetterbericht! Es wäre aber erkennbar zu einfach – schon weil du ja nicht nach dem Wetter, sondern nach dem Klima gefragt hast und weil, so glaube ich, auch umgekehrt ein Schuh daraus wird, nämlich dass die Botschaft eigentlich die sein muss: Die Börse bricht ein, wenn die Klimakatastrophe kommt bzw. bei jeder Naturkatastrophe haben wir immense wirtschaftliche Schäden. Und was dahinter steht, ist doch eigentlich die Erkenntnis, dass es sich bei der Klimapolitik um ein hartes Thema handelt; deshalb wird auch hart gerungen. Deine Frage hat ja auch abgezielt auf den parlamentarischen Prozess; in dem gilt es hart zu ringen.

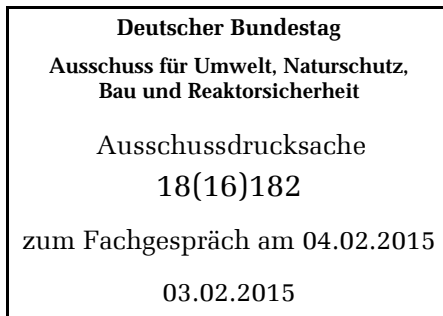
Ich finde, dieser ganze Prozess ist aber auch ein Beispiel dafür, wie es gelingt, aus dem Parlament

heraus die Debatte voranzubringen. Wenn wir jetzt drüber reden, wie es gelingt, diese Lücke zu füllen, die es zu unserem Klimaziel gibt, und wenn alle ganz klar sagen: Das muss auch gelingen! Dann müssen wir jetzt noch mehr machen, als vorgesehen. Dann liegt es doch auch daran, dass wir gerade aus diesem Ausschuss heraus immer gedrängt haben, dass auf unsere Initiative diese ehrgeizigen Ziele verankert worden sind und es jetzt undenkbar wäre, von diesen Zielen wegzurücken in einer Situation, in der wir international von anderen mehr wollen, als sie bisher bereit sind zu tun. Ich denke, genau da müssen wir im Sinn der dicken Bretter weiter bohren und diese Debatte im Parlament und mit öffentlicher Begleitung engagiert führen. Das ist dann auch zum Abschluss die Verbindung zu dieser Debatte über die SDGs: Genau das muss auch gelingen, das war das, was ich eingangs meinte. Dass das eine Debatte ist, die draußen auch in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – da geht es letztlich auch um Glaubwürdigkeit. Wir müssen die Ziele, die formuliert werden, auch erreichen. Mit diesem Impuls müssen wir international auftreten; da sehe ich unsere Rolle als Parlamentarier.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich glaube, das war eine sehr interessante Debatte, insbesondere weil es auch Themen gestreift hat, die wir sonst ja in dieser Intensität nicht behandeln. Und ich glaube, da sollten wir uns auch stärker gerade in diesem Prozess mit beschäftigen. Ich bedanke mich bei den Kollegen für die Disziplin und bei den Referenten für die vielen guten Informationen. Ich hoffe, dass wir einfach weiter am Thema dranbleiben und wir auch von Ihnen noch weitere Informationen bekommen können. So, damit haben wir auch formal die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats auf der Bundestagsdrucksache 18/3214 zur Kenntnis genommen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Tag!

Schluss der Sitzung: 12:58 Uhr

Bärbel Höhn, MdB
Vorsitzende



Statement zum öffentlichen Fachgespräch zum Thema „Sustainable Development Goals“

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Mittwoch, 4. Februar 2015, 11.00-13.00 Uhr

Heike Spielmans, Geschäftsführerin von VENRO

Sehr geehrte Abgeordnete,

es ist mir eine große Freude, die Gelegenheit zu haben, Sie über Positionen des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe zu den SDG zu informieren.

VENRO ist der Dachverband von aktuell 122 entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Seit ihrer Verabschiedung haben wir die Umsetzung der MDG intensiv verfolgt und seit Beginn der Diskussionen um eine neue globale Agenda für Entwicklung und Nachhaltigkeit sind wir daran beteiligt. U.a. haben wir zusammen mit 11 Verbänden und Netzwerken aus dem Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensbereich in [acht Kernpunkten](#) unsere Erwartungen an neue Ziele für nachhaltige Entwicklung formuliert. Uns geht es darum, dass im September 2015 eine ambitionierte globale Agenda verabschiedet wird, die eine Grundlage bildet für die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen weltweit, der vollständigen Überwindung von extremer Armut und Hunger, der Durchsetzung der Menschenrechte sowie Geschlechter-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit und dies alles unter Wahrung der planetarischen Grenzen.

Die Verhandlungen über die SDG sind nun in die entscheidende Phase getreten. Ich möchte mich in meinem Beitrag in erster Linie auf die Position der Bundesregierung für die Verhandlungen konzentrieren.

- Was bewerten wir positiv?
- Welche weiteren Vorschläge haben wir?

Wir freuen uns sehr, dass die Bundesregierung mit den von ihr genannten vier strategischen Themenbereichen die vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung abbildet und Kernpunkte der neuen Agenda benennt:

- Extreme Armut und Hunger beseitigen
- Natürliche Lebensgrundlagen bewahren
- Menschenwürdige Beschäftigung und angemessenes Einkommen
- Gute Regierungsführung, Gleichstellung der Geschlechter, Menschenrechte und Frieden

Eine wichtige Basis im derzeit laufenden Verhandlungsprozess bilden die Vorschläge der Open Working Group (OWG). Wir begrüßen und unterstützen die in 17 Zielen und 169 Unterzielen dargelegten Vorschläge der OWG, wenngleich sie uns in manchen Punkten nicht weit genug gehen und zu unkonkret sind. Dennoch stellen sie aus unserer Sicht die „rote Linie“ der Verhandlungen dar. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Nachhaltigkeitsziele keinesfalls hinter die OWG-Vorschläge zurückfallen.

Wo sehen wir weiteren Handlungsbedarf? Ich möchte vier Punkte nennen, die wir im laufenden Prozess für besonders wichtig halten:

1. Der Fokus der SDG hat sich im Vergleich zu den MDG verschoben. Es geht nicht mehr allein um die Entwicklung des armen Südens. Die Universalität der Ziele bedeutet eine große Herausforderung gerade auch für die Industrieländer, auch für Deutschland. Mit dem Begriff „ökologisch verträgliches Wachstum“ überspielt die Bundesregierung den bestehenden Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Einhaltung der planetarischen Grenzen. **Wir fordern von der Bundesregierung, eine umfassende Transformation hin zu einer nachhaltigen, auf Suffizienz und Effizienz gerichteten Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten.**
2. Auch wenn es bei der neuen Agenda nicht mehr allein um Entwicklungspolitik geht, muss ihre Umsetzung durch solide Finanzierungszusagen und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel begleitet werden. **Wir fordern von der Bundesregierung, das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung für die neue Agenda zu übernehmen und als eigenen Beitrag einen konkreten Zeitplan zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels vorzulegen.**
3. Es geht bei der neuen Agenda nicht um nationale Lösungen oder die Politik einzelner Nationalstaaten. Mit ihrer Betonung einer „neuen Globalen Partnerschaft“ unterstreicht die Bundesregierung die notwendige internationale Zusammenarbeit. Sie legt dabei einen starken Fokus auf die Eigenverantwortung der Länder wie auf die Einbeziehung privater Akteure. Ebenso wichtig wie die Ziele selbst, sind aber klare Regelungen für deren Verbindlichkeit und regelmäßige Überprüfung. **Wir fordern von der**

Bundesregierung, sich für eine verbindliche, transparente Rechenschaftspflicht und regelmäßige Überprüfung auf Basis noch zu erarbeitender Indikatoren einzusetzen. Dabei darf die Verantwortlichkeit der Regierungen nicht auf sogenannte Multiakteurspartnerschaften verschoben werden.

4. Es wird also auch darum gehen, die SDG in Deutschland umzusetzen. Da unser ökologischer Fußabdruck weit überschritten ist, bedeutet eine Umsetzung der SDG, über das Vorhandene deutlich hinauszugehen. Die Bundesregierung verweist in ihrem Bericht auf eine Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Diese darf sich jedoch nicht auf die Stärkung oder Verbesserung in einzelnen ausgewählten Sektoren beschränken. **Wir fordern die Bundesregierung auf, mit der Umsetzung der SDG auf nationaler Ebene eine Vorreiterrolle einzunehmen und anspruchsvolle, verbindliche nationale Ziele zu formulieren, die den Zielkatalog der SDG vollständig abbilden.**

Abschließend möchte ich dafür plädieren, die Entwicklung einer neuen globalen Agenda nicht in erster Linie technisch zu betrachten. Nicht allein die Zahl der Ziele oder auf welcher Ebene sie verortet sind, wird darüber entscheiden, ob die SDG tatsächlich einen Beitrag für die Gestaltung einer nachhaltigen Welt leisten werden. Für die notwendigen Weichenstellungen braucht es eine neue Kooperationsfähigkeit der Weltgemeinschaft und politische Mehrheiten. Die breite Debatte dazu steht in Deutschland noch aus.

VENRO wird mit seiner Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ daran mitwirken, die noch unzureichende öffentliche Debatte anzustoßen. Wir ermuntern dazu, sich für die Herstellung von globaler Gerechtigkeit einzusetzen – ein Begriff, der sich in der Position der Bundesregierung leider nicht finden lässt.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, unsere Einschätzungen und Anregungen mit Ihnen zu diskutieren.